

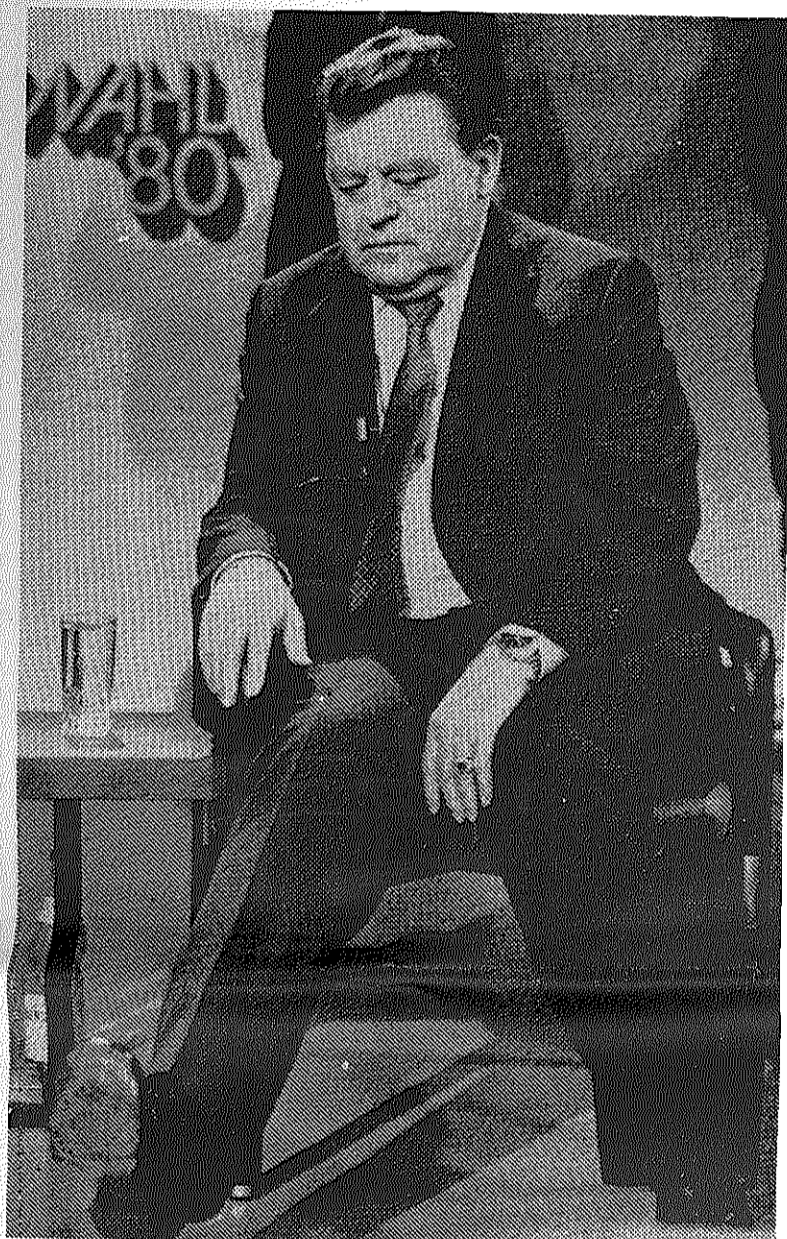
VORRAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr. 48

Oktober/November 1980

80 Pfg. Solidaritätspreis 1.20 DM



Sozialliberale Politik für das Kapital?

STRAUSS GESTOPPT PROBLEME BLEIBEN

CHANCE EINER SPD-MEHRHEIT VERTAN!

Strauß konnte gestoppt werden. Die Mehrzahl der Arbeiter und Jugendlichen ist erleichtert. Eine reaktionäre CDU/CSU-Regierung ist verhindert worden. Unter dem Spitzenkandidaten Strauß ist der CDU/CSU mit 44,5 Prozent die schwerste Niederlage der letzten drei Jahrzehnte beigebracht worden.

Der Unions-"Trumpf" Strauß war vor einem Jahr als Vertreter der "harten" Linie innerhalb des Kapitals ins Rennen geschickt worden. Ein Abbau von Sozialleistungen und demokratischen Rechten, eine verstärkte Aufrüstung und eine Außenpolitik zur Stützung rechter Militärdiktaturen hatte Strauß im Sinn gehabt. Aber trotz all seiner Anbiederungen und Verstellungskünste haben die Arbeiter vor allem in den Industriezentren klargemacht, daß sie ihn auf keinen Fall haben wollen.

Aber auch die FDP war im Wahlkampf "gegen Strauß". Doch gleichzeitig war sie auch "gegen Sozialismus". CDU-Chef Kohl konnte so zufrieden feststellen, daß sich FDP und CDU in grundsätzlichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen sehr nahe stehen.

So sind die führenden Vertreter der Großkonzerne und Banken am Wahlabend gewiß nicht in Ohnmacht gefallen, als sie die Hochrechnungen verfolgten. Im Gegenteil: am Montag nach der Wahl berichteten "die meisten Banken von positiven Reaktionen ihrer ausländischen Gesprächspartner" und konnten die Aktienkurse "in allen Bereichen angehoben wer-

den", meldete das Handelsblatt am 7.10.1980. "LAMBSDORFFS RIEGE WURDE VERSTÄRKT", heißt es auf derselben Seite. Auf Deutsch: Der "Marsch in den Sozialismus", den Strauß an die Wand gemalt hatte, findet (vorläufig) nicht statt.

Mit Lambsdorff und den anderen FDP-Vertretern im Kabinett hat das Kapital zuverlässige Handlanger in Bonner Schlüsselministerien sitzen. Sie werden den Ton angeben und auch jeden noch so kleinen sozialdemokratischen Reformansatz abwürgen, wenn er den Unternehmern zu weit geht oder zu teuer kommt.

Bei aller Freude über die Niederlage der Union müssen sich jetzt die Mitglieder und Anhänger der SPD fragen: Werden unsere Genossen in der Regierung jetzt voll unter dem Eindruck der "Sachzwänge" eine Sparpolitik gegen die Arbeiter mittragen? Haben wir dafür wochenlang aktiv Wahlkampf betrieben, daß jetzt eine Rotstiftpolitik betrieben wird, die sich kaum noch von der CDU-Politik unterscheidet? Hat unsere Parteiführung durch einen laschen, unpolitischen und wenig begeisterten Wahlkampf nicht die Chance verspielt, nach Nordrhein-Westfalen auch im Bund eine absolute Mehrheit zu erkämpfen? Hat es sich nicht klar erwiesen, daß bürgerliche Anbiederung und Fixierung auf eine Person unserer Partei nicht aus der Stagnation heraus verhelfen können?

So konnte auch die bürgerliche "Frankfurter Allgemeine Zeitung" in ihrem Leitartikel am 7.10.80 über das ma-

gere SPD-Ergebnis kommentieren:

"Im Sommer deuteten viele Anzeichen darauf hin, daß die SPD ein erstklassiges Wahlergebnis erzielen würde. Dann geschah das Mirakel: In einem weithin argumentlosen... Wahlkampf gelang es Schmidt, seine eigene Partei - die lieber mit Argumenten für sich wirbt - weithin zu demotivieren. Zwei Wochen vor der Wahl - die Demoskopen staunten nicht wenig - wollten trotz der Strauß-Vorbehalte mehr Unionsanhänger zur Wahl gehen als SPD-Anhänger. Auch sonst zeigten sich die SPD-Anhänger lustlos und vom Wahlkampf angewidert. Die schwankenden Unionsanhänger aber gingen zur Wahl und - wählten dann mit ihrer Zweitstimme weithin den kleinen bürgerlichen Bruder..."

In diesen Wochen werden in den Untergliederungen der Partei die Lehren und Konsequenzen aus dem Wahlergebnis diskutiert. Eine Regierungspolitik nach Vorstellung des Grafen Lambsdorff kann unsere Partei nur bei ihren eigenen Anhängern in Verruf bringen und der CDU/CSU neuen Auftrieb geben.

Es ist zu befürchten, daß unsere Genossen in der Regierung dem Druck Lambsdorffs in allen wichtigen Fragen nachgeben werden. Dagegen müssen sich alle ehrlichen Sozialisten und Linken in der SPD, allen voran die linken Bundestagsabgeordneten wehren. Sie müssen die Erpressungsversuche des Kapitals offenlegen und für eine überzeugende sozialistische Alternative kämpfen.

SPD-Linke nach der Wahl:

ANPASSUNG ODER KAMPF SOZIALISTISCHE POLITIK IST NOTWENDIG

"Linke SPD-Abgeordnete erfolgreich... Trotz Widerstand aus der eigenen Partei im Vorfeld der Bundestagswahl haben sich alle linksgerichteten SPD-Kandidaten am Sonntag durchsetzen können", meldete die Süddeutsche Zeitung am 7. 10. 80.

Im neuen Bundestag werden erstmals linke SPD-Genossen vertreten sein, die in den letzten Jahren als führende Jusos, als Atomgegner und linke Kritiker der Regierungspolitik aufgetreten sind: Freimut Duve, Norbert Wieczorek, Konrad Gilges, Ottmar Schreiner und andere. Wiedergewählt wurden u.a. Manfred Coppik, Erich Meinike, Ernst Waltemathe, Karl-Heinz Hansen und Klaus Thüsing.

Schon in früheren Jahren hatten einige der bisherigen Abgeordneten mit Unterstützung eines Großteils ihrer Basis sich gegen Gesetze gewehrt, die mit sozialdemokratischen Zielen und mit den Interessen der Arbeiter nichts mehr zu tun haben. Manfred Coppik bekam nach seiner Bundestagsrede gegen das Kontaktperrgesetz 1977 zahlreiche Sympathiebeschriften von der Basis.

Andererseits sind in den letzten Jahren auch als "links" geltende Genossen nach Bonn aufgebrochen und dann jedoch wenig "Linkes" mehr von sich hören lassen - so die früheren Juso-Vorsitzenden Karsten Voigt und Wolfgang Roth. Deshalb will mancher Juso an der Basis erst einmal abwarten, wie sich die Linken in den nächsten vier Jahren verhalten werden.

Vor den Linken liegen gerade jetzt riesige Aufgaben. Die Regierungspolitik wird - so scheint es - keine grundlegenden sozialen Reformen und Verbesserungen mehr bringen. Es droht sozialer Rückschritt, Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit wird zunehmen.

Die Enttäuschung und Demoralisierung unter den Mitgliedern und den Anhängern der Partei wird wachsen. Viele werden nach Alternativen suchen. Selbst eine kleine Gruppe ehrlicher sozialistischer Abgeordneter könnte in dieser Situation das mit einem Bundestagsmandat verbundene Ansehen in der Arbeiterbewegung ausnutzen, um die kritischen SPD- und Gewerkschaftsmitglieder um sich zu scharen und einen starken linken Flügel aufzubauen.

Doch nur mit einer Ablehnung einzelner, für Arbeiter untragbarer Gesetze ist es noch längst nicht getan. Eine positive sozialistische Alternative ist nötig:

- * Arbeit für alle! Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- * Ein garantiertes Mindesteinkommen von 1.400 DM netto für alle Erwachsenen.
- * Ausreichenden und billigen Wohnraum für alle! Es müssen jährlich 1 Mio. Sozialwohnungen gebaut werden.
- * Verteidigung und Ausbau des Sozialstaates auf Kosten der Unternehmer.

Und wenn die Unternehmer und ihre politischen Interessensvertreter den

Kopf schütteln und meinen, "das geht nicht", dann kann die Antwort nur lauten:

- * Entmachtung und Enteignung des Großkapitals!
- * Überführung der 200 größten Monopole, der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum!
- * Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Fabriken, die Produktion, die Gesellschaft und den Staat!
- * Ausarbeitung einer gesellschaftlichen Rahmenplanung zur Regelung der Produktion mit den Zielen: keine Fabriken ungenutzt, keine Maschinen stillstehen und kein Rohmaterial auf Halde liegen zu lassen; jeden Arbeitslosen und Kurzarbeiter produktiv beschäftigen; auf diese Weise den allgemeinen Lebensstandard zu heben und noch bestehendes Elend auszurotten.

Die Erfahrung mit der kapitalistischen Krise und der Bonner Politik wird viele Arbeiter für sozialistische Alternativen zugänglich machen. Die Linke muß jetzt dafür kämpfen, daß das Programm des Sozialismus sich in der SPD wieder durchsetzt. Unsere Bonner Linken müssen diesen Kampf anführen und koordinieren!

Kurt Pfeifle,
SPD-Mitglied,
Remscheid

Remscheider Juso-Wahlkampf:

SO KANN ES GEMACHT WERDEN...

"Die Partei lag noch selig im Sommerschlaf, als bei uns schon zum dritten Mal die Juso-Wahlkampfkommission tagte. Sogar unsere beiden Großveranstaltungen wurden schon im Sommer in groben Zügen geplant. Was passiert, wenn man nicht früh genug mit der Planung anfängt, hat die Partei später auch bemerkt: sie mußte sich mit der dritten und vierten Garnitur aus Bonn zufriedengeben.

Zuerst haben wir unsere Wahlkampfziele und -schwerpunkte festgelegt:

- Kampf gegen Union, Strauß und Kapital
- Entlarvung der FDP als Reformverhinderungs-Partei -für eine absolute Mehrheit der SPD
- Darstellung eigener sozialistischer Positionen
- Werbung von neuen Juso-Mitgliedern.
- Inhaltliches Kernstück unseres Wahlkampfes war eine Serie von fünf verschiedenen, selbstgeschriebenen Flugblättern, mit den Themen:
- Sozialer Wohnungsbau
- Atomenergie
- Abbau demokratischer Rechte
- Strauß und Hintermänner
- Gründe, SPD zu wählen (Abgrenzung von FDP und GRÜNEN).

Die Flugblätter griffen das jeweils behandelte Problem

auf und verbanden unsere Forderungen mit der Notwendigkeit der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Unter allen Flugblättern wurde nicht nur zur Wahl der SPD, sondern auch zur aktiven Mitarbeit bei den Jusos aufgefordert, um sozialistische Positionen in der Partei durchsetzen zu helfen.

FORTSETZUNG AUF SEITE 8

ARTIKEL ÜBER

Kampffonds/F.D.P.	5.2
Armut und Superreichtum	5.3
Umweltvergiftung	5.4
Verfassungsschutz und Betriebe	5.4
SPD und Bundeswehrgelebens	5.5
Hausbesetzung und Wohnungsnot	5.5
Polen und Sri Lanka	5.6, 7
Autobulldozer	5.8
Jugendarbeitslosigkeit und berufliche Bildung	5.9
Diskussion Biermann/Hoss	5.10

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie!

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften.
Erscheint seit Dezember 1973.
Abopreis: 7,- DM für 6 Ausgaben
Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesbergerstr. 75, 5630 Remscheid
Bankverbindung: Postcheckamt Essen, H.-G. Öflinger, Konto Nr. 170 20-433
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öflinger
Druck: Gegendruck, Essen

ihre da oben...
wir da unten

WANN KOMMT PARTNERWECHSEL DER F.D.P.?

„Helmut Schmidt postiert sich hier wie ein etwas ins Gedränge gekommenes Familienoberhaupt zum elften Hochzeitstag einer politischen Ehe, neben dem die sogenannte bessere Hälfte an Gewicht und Einfluß spürbar zugenommen hat. „Elf Jahre“, sagte er, den FDP-Chef nicht aus den Augen lassend, „und wir sind sicher, wir werden auch die fünfzehn schaffen.“

Während die Stimme des Kanzlers ein wenig zu tapfer klingt, als daß man den beschwörenden Unterton nicht heraushört, scheint das Kopfnicken Hans-Dietrich Genschers ein wenig zu knapp auszufallen, als daß nicht wieder der Verdacht sich einstellt, es könnte unter Umständen in diesem Zeitraum auch anders kommen.“ (Frankfurter Rundschau, 7.10.80).

NACH DER WAHL STIEGEN DIE BÖRSENKURSE

„Ausgesprochen positiv haben am Montag die Börsen auf das Ergebnis der Bundestagswahl reagiert, der Commerzbank-Index stieg um rund 5,6 Prozentpunkte an. Nichts verdeutlicht besser, wie sehr sich das Bild der Sozialliberalen in den siebziger Jahren gewandelt hat. 1972 und 1976 war es noch zu Kurseinbrüchen nach der Wahl gekommen. Die Gunst der wichtigsten Wirtschaftsbesse ist Helmut Schmidt schon lange sicher. In den Konzernzentralen weiß man es zu schätzen, daß Schmidt bisher die Gewerkschaften recht gut zu disziplinieren verstand. Das ständige innergewerkschaftliche Dilemma zwischen konfliktorientierter Interessensvertretung und kooperativem Festhalten am „Gesamtwohl“ - was heißen soll, an den von den Unternehmern gesetzten Grunddaten - wäre unter einer Unionsregierung sicher zu einem größeren Unsicherheitsfaktor geworden. So aber haben die Gewerkschaften, wenn es hart auf hart kam, noch immer Rücksicht auf „ihre Regierung“ genommen, mit dem Effekt, daß die Lohnquote in den siebziger Jahren öfter einmal sank...“ (Frankfurter Rundschau, 7.10.80)

„LINKE“ SPLITTER-ALTERNATIVEN ZIEHEN NICHT

Nicht mehr als eine Bescheinigung ihrer Bedeutungslosigkeit haben sich die verschiedenen „linken Alternativen“ bei der Bundestagswahl holen können. Die „Volksfront“ sammelte trotz eifriger Plakatierung im gesamten Bundesgebiet ganze 9.344 Stimmen. Der KBW konnte seinen eindrucksvollen Abwärtstrend fortsetzen: Seine Stimmenzahl ist von 20.018 (1976) auf 8.285 zusammengeschrumpft.

Nicht viel besser ging es der DKP. 1976 hatte sie immerhin noch 118.581 Zweitstimmen errungen, diesmal waren aber nur noch 72.230, also ein Rückgang um fast 40%. Geht man einmal von der angeblichen Mitgliederzahl von 46.000 aus, dann kommt auf jedes DKP-Mitglied, etwas mehr als ein zusätzlicher halber Wähler! Ein wahrlich stolzes Ergebnis! Wenn es wirklich so ist, daß die heimlichen DKP-Freunde auch diesmal massenhaft ihre Zweitstimme der SPD gegeben haben, dann hätten sie ja mit ihrer Erststimme zeigen können, wo ihr Herz schlägt! Doch auch hier dasselbe Bild: ein Stimmenrückgang von 170.855 (1976) auf 107.941 (1980)!

Der DKP-Vorstand mag sich zur Begründung all dieser, schon bei den letzten Landtagswahlen deutlich gewordenen Rückschläge wieder mit den altbekannten Allgemeinplätzen trösten: Antikommunismus, 5%-Klausel, Polarisierung Strauß-Schmidt, mangelnde Selbstdarstellung. Doch die einfachen Parteimitglieder werden sich allein damit kaum zufriedengeben. Sind es nicht eher andere Ursachen? Etwa die skandalöse Haltung der DKP zum real existierenden Stalinismus und speziell Polen? Oder die ständige Anbiederung bei Gewerkschaftsvorständen und „fortschrittlichen“ Bündnispartnern? Oder lasche linksreformistische Forderungen, die sich kaum vom Programm der Jusos oder vieler Gewerkschaften unterscheiden?

HERRN OTTO GRAF LAMBSDORFF'S UMWÄLZUNG DER LOGIK

Ausgewogenheit in der Mathematik der Grundschule, das scheint notwendiger denn je! Der geneigte Leser wird nicht ohne weiteres die hinterhältige rote Manipulation hinter dieser einfachen Aufgabe erkennen: „10 Arbeiter stellen in einem Monat 10 Autos her. Wie viele stellen 5 her?“ Sollte Ihr Kind auf die Antwort „5“ verfallen, so ist es bereits ein Opfer des roten Terrors. Denn, in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit muß doch irgendeiner für die Arbeitslosen mitarbeiten, und wer sollte das sonst sein, als die Arbeiter? - Als befriedigend wäre also die Antwort „6“ und als sehr gut die Antwort „10“ einzustufen. Der FDP-Wirtschaftsminister Otto Graf von Lambsdorff (wahrscheinlich auch noch Dr. h.c. etc. pp.) erklärt nämlich, daß er den Plänen der SPD nach Festschreibung der 40-Stunden-Woche nicht zustimmen könne, denn in Zeiten kapitalistischer Krisen müßten die Arbeiter mehr arbeiten!

60 Jahre technologischen Fortschritts (da gab es das erste Mal den 8-Stunden-Tag) sind an diesem Herrn, seiner Partei und deren System offensichtlich vorbeigegangen. Vielen Arbeitern dagegen ist bereits klar, daß man mit dem heutigen technischen Wissen, Computern, Mikroprozessoren, Industrierobotern usw. spielend eine 30-(und weniger)-Stunden-Woche einführen könnte. Nur wenige haben jedoch erkannt, daß man dazu erst die Kapitalisten entmachten und den Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung in Angriff nehmen muß!

RÜHREND, DIE TIERLIEBE DES CIA!

Man sagt, in der BRD mag man Hunde, in England Tiere überhaupt. Die Central Intelligence Agency (CIA) des USA-Imperialismus hat jetzt auch eine Ader für unsere kleinen Freunde gefunden - als Träger von Sprengstoff und Mikrofonen. Das machte die New York Times ausfindig. Damit zwang sie die CIA, ihren Bericht über diese „Nebentätigkeit“ (3.000 Seiten eines schwer zensurierten geheimen Reports wurden dann veröffentlicht) ans Tageslicht zu bringen. Besonders viel Liebe widmen die Herren von der CIA Ottern, weil sie Land und Wassertiere sind. Aber die CIA ist nicht engstirnig. Im Gegenteil. Sie experimentierten auch mit LSD und sexuellen Fallen-Strategien, um ihre Aufgaben zu erfüllen. (Der Zweck heiligt die Mittel!).

Mancher Leser wird sich an den rätselhaften Mord an den bulgarischen Dissidenten Georgi Markow in London erinnern. Er starb, nachdem er von einer kleinen Giftkugel aus einem Regenschirm angeschossen wurde... Genau! Die CIA hatte J a h r e zuvor diese Waffe diskutiert.

Man muß einfach zugeben - mit der Nato und der CIA ist die Sicherheit des „Westens“ in guten Händen...

briefe
LESER

SCHWEDENS ARBEITER GEGEN BÜRGERLICHE REGIERUNG

1976 kam eine Koalition von den drei bürgerlichen Parteien in Schweden an die Macht, nach einer Periode von 44 Jahren mit Sozialdemokraten in der Regierung. Gleichzeitig gab es die ersten Anzeichen dafür, daß die internationale Wirtschaftskrise nun auch Schweden erfaßte. Der Unternehmerverband (SAF) witterte Morgenluft und begann schnell zu fordern, daß die Regierung scharf durchgreife. Aber die Regierung wagte es nicht, die Errungenschaften der Arbeiterklasse anzutasten. Statt dessen verdrängte sie die Probleme und erhöhte die Staatsverschuldung.

Jetzt aber ist die Situation unerträglich geworden. Die Staatsverschuldung wird sich dieses Jahr auf 188 Milliarden Kronen belaufen. Das Budgetdefizit beträgt 55 Milliarden. Vor den Parlamentswahl 1979 sagte die Regierung, die wirtschaftliche Lage sei gut. Nach dem Wahlsieg aber wurde sie sofort pessimistischer. Alle sollten „gemeinsam die Verantwortung tragen“.

Was man hierunter zu verstehen hat, zeigt sich diesen Herbst: Erst wurde die Mehrwertsteuer um 1,9% erhöht, nach hitziger Diskussion in einer außerordentlichen Sitzung des Reichstags. Mit 23,46% hat Schweden jetzt den höchsten Mehrwertsteuersatz der Welt. Dann legte die bürgerliche Regierung ihren Sparplan vor! 6 Milliarden sollen bei den öffentlichen Ausgaben eingespart werden. Das heißt: Renten, Wohnungshilfe und staatliche Beiträge für Schulen und Unterricht in den Gemeinden werden herabgesetzt. Dafür werden aber die Mieten, Medizin, Zahnarztbesuche, Bahnfahrten und die Lebensmittel teurer. Außerdem haben die Gemeinden viele Kürzungen gemacht, die die Arbeiterklasse treffen. So wird der Mangel an Kindergartenplätzen immer schlimmer. Die Eltern der Kinder, die einen Platz bekommen konnten, müssen sehr hohe Gebühren bezahlen.

Natürlich kann die Regierung so die Krise nicht lösen. Das Problem ist ja eine verschärfte Konkurrenz auf dem

Weltmarkt und unzureichende Investitionen der Unternehmer. (sie spekulieren lieber, als daß sie investieren). Jetzt werden auch die Schweden weniger kaufen können; die Krise wird noch tiefer. Das soziale „Modell Schweden“ bekommt unübersehbare Risse.

Die Arbeiterbewegung hat mit Wut gegen die bürgerliche Politik reagiert. Demonstrationen fanden statt. Die Forderung nach Neuwahlen wird immer populärer. Fände heute eine Wahl statt, würde eine sozialdemokratische Regierung an die Macht kommen. Jetzt muß die Parteiführung der SAP (Sozialdemokratische Partei) die Kampfbereitschaft der Arbeiter ausnützen, um gegen diese arbeiterfeindliche Regierung zu mobilisieren. Daß die schwedischen Arbeiter kämpfen können, zeigten sie ja beim letzten großen Arbeitskonflikt im Mai.

BRITT-MARI JOHANSSON
KERSTIN ALFREDSSON,
SCHWEDISCHE VORAN-LESERINNEN

Sozialliberale Koalition wird nicht ewig bestehen

WEM DIENST DIE F.D.P.?

Nachdem die SPD bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 11. Mai die absolute Mehrheit erreicht hatte und gleichzeitig die FDP an der 5%-Hürde gescheitert war, hätten sich viele SPD-Mitglieder ein ähnliches Ergebnis auch im Bund gewünscht. Dies wäre auch möglich gewesen.

Aber es war ein offenes Geheimnis, und die Spatzen piffen es von den Dächern: Der Parteivorstand wollte gar nicht eine absolute Mehrheit, sondern höchstens die stärkste Fraktion im Bundestag bilden und halt „sozialliberal“ weiterregieren. Das Wahlprogramm der SPD wurde derart verwässert, daß gleich gar nichts mehr reinschlüpfen konnte, was der FDP nicht gepaßt hätte. Mit keinem Wort wurde im offiziellen Wahlkampf auch nur angedeutet, wo die grundsätzlichen Unterschiede zwischen FDP und SPD liegen. Wie leicht hätte man die Worte Graf Lambsdorffs von den „faulen“ deutschen Arbeitern ausnützen und so in millionenfacher Auflage der arbeitenden Bevölkerung klarmachen können, daß die Unternehmerpartei FDP nicht wählbar ist! Startdessen wurde die FDP mit Samthandschuhen angefaßt, das „Bonner Regierungsbündnis“ als der Weisheit letzter Schluß gepriesen. Einen

Vorgesmack, wie die FDP das Regierungsschiff zu steuern gedenkt, offenbarte kurz nach der Wahl Graf Lambsdorff:

- + Keine Ausweitung der Montanmitbestimmung. Kein Gesetzentwurf zur Sicherung der Montanmitbestimmung.
- + Für die Beibehaltung der Ausspernung.
- + Keine gesetzliche Festschreibung der 40-Stunden-Woche(!). An die 35-Stunden-Woche ist überhaupt nicht mehr zu denken.
- + Keine Unterstützungsprogramme zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Vielmehr Vertrauen auf die „Selbstheilungskräfte“ der Marktwirtschaft.
- + „Flexiblere Regelungen“ beim Schwerbehindertengesetz - natürlich im Interesse der Unternehmer.

Somit steht die FDP in allen entscheidenden Fragen auf der Seite der Unternehmer, auf der Seite des Großkapitals. Deshalb kann die FDP nur an einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit der SPD interessiert sein, solange die SPD in allen entscheidenden Fragen nachgibt und sich auf faule „Kompromisse“ einläßt. Dadurch aber bringt sich unsere Partei nur bei denen in Mißkredit, die sie immer wieder treu und loyal gewählt haben.

So drohen, SPD-Verluste durch massive Stimmenenthaltungen gerade in SPD-Hochburgen. Und wer garantiert denn, daß die FDP nicht eines Tages „entdeckt“, daß der „Vorrat an Gemeinsamkeiten erschöpft“ sei, die sozialliberale Koalition auflöst und mit der CDU/CSU koalitiert (wie es schon in Niedersachsen, dem Saarland, in Düsseldorf und Solingen geschehen ist?)

Wo das Herz der FDP wirklich schlägt, hat kürzlich die liberale Dame Hamm-Brücher offenbart: eine absolute Mehrheit der SPD sei ihrer Meinung nach schlimmer als eine der CDU/CSU. Mit anderen Worten: eine konsequente Politik für das Großkapital ist ihr doch tausendmal lieber als eine sozialdemokratische Regierung ohne bürgerliche Wachhunde.

Politische Anpassung an bürgerliche Parteien kann die SPD nichtmehr weiter bringen. Wir Sozialisten in der SPD müssen ab sofort in der Partei eine kompromißlose Politik für die Arbeiter und Jugendlichen auf die Tagesordnung setzen, gegen eine Zusammenarbeit mit dem Kapital und für eine absolute SPD-Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms.

KAMPFFONDS

SPENDENKONTO:
Angela Bankert,
Pscha. Essen
2422 50-432

AUF ZUM ENDSPURT

Unser Ziel: 12.000 DM

Unserer Aufforderung, VORAN im Wahlkampf verstärkt finanziell zu unterstützen, sind eine Reihe von Lesern nachgekommen. Insgesamt gingen in den letzten Wochen 1.231,15 DM auf unseren Kampffonds ein. Wir können an dieser Stelle nur einige Spender aufzählen:

Otto Lambeck (84) aus Remscheid 20,- DM
Martin Stegmeier, Auszubildender aus Süddeutschland 10,-
Sammlung von Lesern aus dem Kreis Waldeck-Frankenberg in Hessen 55,-
Sammlung in Fröndenberg bei Unna 122,80,-

Die größte Einzelspende erreichte uns diesmal aus Hamburg, wo unsere Leser und Anhänger einen Stand auf dem Flohmarkt organisierten und Gegenstände für den Verkauf spendeten. Der Erlös betrug 642,- DM!!! Ein gutes Beispiel dafür, was man durch Engagement und Initiative erreichen kann - zur Nachahmung empfohlen!

Nach Abschluß der ersten drei Quartale dieses Jahres haben wir nun eine Gesamtsumme von 6.508,86 DM gesammelt. Ein beachtliches Ergebnis für das wir allen Spendern danken.

Inzwischen konnten wir uns davon ein Überschriften-Setzgerät leisten, das eine große Erleichterung bei der Erstellung von VORAN ist und das Erscheinungsbild vereinheitlicht. Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung unserer Zeitung ist dadurch mit Eurer Hilfe wieder möglich geworden.

Doch die Sommermonate haben auch in diesem Jahr ein „Spendenloch“ hin-

terlassen, das wieder aufgefüllt werden muß. Denn unser Ziel bis Jahresende ist 12.000 DM.

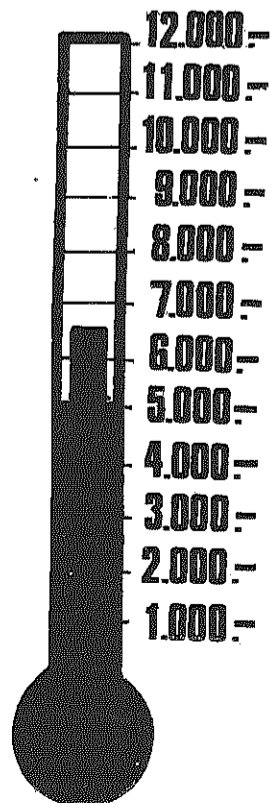
Wir sollten daher schon jetzt zum Endspurt ansetzen, um die fehlenden 5.500,- DM in den verbleibenden Wochen und Monaten einzusammeln.

* Das gute Beispiel der Hamburger Leser sollte Anlaß sein, schon jetzt Vorbereitungen z.B. für einen Weihnachtsbasar oder ähnliches zu treffen. Frangt andere Leser oder Bekannte, ob sie Gegenstände dafür spenden.

* Bei der Redaktion können ab sofort Kugelschreiber in allen Farben mit der Aufschrift „Jugend für den Sozialismus“ bestellt werden, die zugunsten unseres Kampffonds für 1,- DM Mindestpreis pro Stück (nach oben sind keine Grenzen gesetzt) verkauft werden sollen. Wir erwarten Eure Bestellungen!

* Jeder Leser sollte sich überlegen, ob er nicht regelmäßig eine von ihm zu bestimmende Summe für VORAN übrig hat und vielleicht einen Dauerauftrag an unseren Kampffonds einrichtet. Denn eine Zeitung bringt ja auch regelmäßig Kosten mit sich, die aufgebracht sein wollen.

Ein fortgesetztes sozialliberales Krisenmanagement wird auch in Zukunft keines der grundlegenden Probleme der Arbeiter lösen. Umso notwendiger ist es, daß eine sozialistische Alternative zur Regierungspolitik aufgezeigt wird. Dazu ist jeder Pfennig an VORAN ein Beitrag.



Buchbesprechung / Pflichtlektüre für alle Gewerkschafter:

ARMUT IN DER BUNDESREPUBLIK

Karin Dollmeier
SPD-Mitglied
Nürnberg

Das längst überholte Märchen vom "Wohlfahrtsstaat"

Armut in einem Land, das den 3. Platz unter den Industrienationen beansprucht und als Wohlfahrtsstaat gilt? Ja!

Armut ist nicht auf sogenannte Randgruppen (z.B. die Obdachlosen) beschränkt. Dies zeigt Jürgen Roth in seinem Buch: "Armut in der Bundesrepublik - Untersuchungen und Reportagen zur Krise des Sozialstaats", von dem kürzlich eine erweiterte und aktualisierte Ausgabe erschien (rororo-Sachbuch 7259; DM 9,80). Alle Zahlen und Zitate sind daraus entnommen.

Mindestens 800.000 obdachlose Menschen werden von den Behörden dem Anstaltsrecht unterworfen und in menschenunwürdigen Behausungen zusammengepfercht. Rund 8,5 Mio. Menschen müssen in verworrenen Siedlungen leben. 35 Jahre nach dem Krieg herrscht ein Wohnungsdefizit. Wohnraum ist eine Ware, mit der profitierend gehandelt wird. Die neuerbauten Satellitenstädte - Betonwüsten - bieten mehr Wohnkomfort. Dies sind "neue soziale Brennpunkte", in denen Einkaufsmöglichkeiten, gute Verkehrsverbindungen, Treffpunkte für Erwachsene, Kinder und Jugendliche fehlen. Die Isolation führt zu Rückzug in die Familie, Aggressionen, Alkoholismus, Drogenkonsum und Selbstmord.

5,8 Millionen Menschen in 2,2 Mio. Haushalten verfügen über ein Einkommen, das unter dem Sozialhilfessatz liegt. 1975 hatten 24,1% aller Haushalte (knapp 16 Mio. Menschen umfassend) ein Einkommen unter 1000,- DM, 10,8% (=2.532.000) aller Haushalte unter 700,- DM (ein Haushalt hat durchschnittlich 2,8 Personen).

Ein relativ hohes Familieneinkommen wird bei Lohnabhängigen durch Überstunden, Schichtarbeit, Akkord, Samstags- und Sonntagsarbeit und Berufstätigkeit der Frau erreicht. J. Roth zeigt, daß rund 26% der Gesamtbevölkerung arm sind (Zahlen für '77; 1969 waren es 25%). "Die Armutsgrenze für einen Einpersonenhaushalt lag 1978, unter Einbeziehung der Lebenshaltungskosten, bei 600,- DM Nettoeinkommen pro Monat, für einen Zweipersonenhaushalt bei 900,- DM, einen Dreipersonenhaushalt bei 1200,- DM, einen Vierpersonenhaushalt bei 1400,- DM (ohne Miete)". Ihr geringes Einkommen erlaubt ihnen nicht, am sozialen und kulturellen

Leben teilzunehmen. Sie können weder in Urlaub fahren, noch sparen, noch besondere Ausgaben für Wäsche, Körperpflege usw. einkalkulieren. Ihre Zahl wird mit anhaltender Wirtschaftskrise weiter steigen. Untere Einkommenschichten werden von Preissteigerungen besonders betroffen. Von Januar '75 bis Januar '78 stieg der Preisindex für die Lebenshaltung um 13% - die Steigerung der Nettolöhne betrug 6,8%.

Konzentriertes Elend herrscht in bestimmten Armutsregionen. Zwei Beispiele greift J. Roth heraus: Duisburg als industrielles Ballungszentrum und den Bayrischen Wald als ländliches Randgebiet.

Der bayrische Landkreis Cham hat die höchste Arbeitslosenquote in der BRD. Industrieansiedlungen werden mit Steuergeldern subventioniert. Die Unternehmer zahlen bis zu 70% Niedriglöhne (z.B. 3,- DM Stundenlohn in einer Holzschuhfabrik in Furth im Wald) und arbeiten mit Erpressung ("Wenn die Gewerkschaft in meinen Betrieb kommt, mache ich dicht", S.130). Bauernfamilien leisten täglich Schwerarbeit auf überalterten Höfen. Um ihre Schulden abzubauen, arbeiten sie zusätzlich in der Fabrik. Die durchschnittliche Rente im Bayrischen Wald beträgt 280,- DM.

Das ist ein Ausschnitt der 'alltäglichen' Armut, von der wenige nicht betroffen sind.

Auf der anderen Seite besitzen 1,7% der Wirtschaftselite 87% des gesamten Vermögens. 0,035% (=22.000 Personen) der Gesamtbevölkerung sind Einkommensmilliardäre, deren Vermögen sich in den letzten 10 Jahren verdoppelte. Die 7% der Arbeiter, die Haus- oder Grundbesitz haben, verfügen über 0,08% der Häuser und Grundstücke in der BRD.

"Diese unvorstellbare Differenz zwischen denjenigen, die über Vermögen in Millionen- und Milliardenhöhe verfügen und diese zu ihrer politischen und wirtschaftlichen Machterhaltung zielstrebig einsetzen, und denjenigen, die ... nicht wissen, wie sie mit dem geringen Lohn oder der kargen Rente und Sozialhilfe auskommen sollen, macht die Armut sinnlich erfahrbar." (S.47f)

Den geringen Lebensstandard bezahlt die arbeitende Bevölkerung: Der Arbeiter/die Arbeiterin unterliegt einer Vielzahl von psychischen und physischen

Belastungen wie Akkordarbeit, Schicht- und Nachtarbeit, Prämiensystem, Fließbandarbeit, Automation - Methoden, um die Leistungen der Arbeitenden zu erhöhen und kapitalintensive Maschinerie mit möglichst hoher Profitrate auszunutzen. In Folge der Arbeitssetze und unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen wird alle zweieinhalb Stunden ein Arbeitsunfall gemeldet. In den Fabriken wird mit gesundheitsschädlichen Stoffen gearbeitet, die u.a. krebserregend sind.

Arbeiter in Berufen mit dem höchsten Anteil an Frühinvaliden haben auch die geringste Lebenserwartung. Hilfsarbeiter haben eine Lebenserwartung von ca. 50 Jahren. Unternehmer leben durchschnittlich 25 Jahre länger. Berufstätige Frauen liegen aufgrund ihrer Mehrfachbelastung deutlich unter der durchschnittlichen Lebenserwartung von 67 Jahren.

Rund 1 Mio. Mütter sind seelisch und körperlich völlig erschöpft. Viele

psychische Verelendung behindert den Menschen in seiner gesamten Lebenshaltung. Mindestens 15.000 Menschen nehmen sich jährlich das Leben, darunter 600 Kinder; rund 1 Mio. Menschen bedürfen psychiatrischer bzw. psychotherapeutischer Behandlung.

Ein Beispiel für die Rolle des Staates: 1977 stopfte er der Minigruppe von Besitzern des bundesdeutschen Vermögens 18,5 Mrd. DM an Investitionszuschüssen in den Rachen, 2,2 Mrd. mehr, als ihm für Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Kurzarbeiter abgerungen wurden. (S. 44)

"Im gleichen Umfang wie Jugendhäuser geschlossen ... und Planstellen für Sozialarbeiter gestrichen werden, wird die Jugendpolizei ausgebaut" (S. 260), welche die Jugendlichen besitzeln soll. Gefängnisse, Anstalten und Heime sollen den Widerstand der überwiegend proletarischen Jugendlichen brechen.

Das Buch Jürgen Roths sollte in keinem Bücherregal einer Sozialistin/eines Sozialisten oder einer Gewerkschafterin/eines Gewerkschafters fehlen. Es liefert Zahlen, Fakten und Argumente, die man bei gewerkschaftlicher und politischer Arbeit laufend benötigt.

Jeder sozialdemokratische Minister sollte dazu "verurteilt" werden, täglich ein Kapitel des Buches zu lesen. Vielleicht hörten sie dann auf, jede Wahlrede mit dem Satz vom "Wohlfahrtsstaat und Modell Deutschland" zu schmücken; vielleicht kämen sogar ihre Überzeugungen von den allgemeinen Vorteilen der "sozialen Marktwirtschaft" ins Wanken?

Wer diese Hoffnung angesichts der hohen Minister- und Abgeordneteneinkommen nicht teilt, der kann nur eine Konsequenz ziehen: Ein radikales Reformprogramm zur Ausrottung des immer noch bestehenden Massenelends ist notwendig. Dieses kann nur auf der Grundlage einer sozialistischen Gesellschaft erfolgreich durchgesetzt werden. Und die Durchsetzung eines solchen Programms in der SPD kann nur durch den zähen Kampf der Basismitglieder unserer Partei erreicht werden ...

"Armut in der Bundesrepublik" von Jürgen Roth. (Erweiterte und aktualisierte Ausgabe). rororo-Sachbuch 7259, DM 9,80.



TROSTLOSE WOHNUNGEN - EIN STÜCK DEUTSCHES "WIRTSCHAFTSWUNDER" 1980

Ein Beispiel für die Auswirkungen: nach Untersuchungen starben an Bronchialkrebs 45 Meister, 69 Unternehmer, 162 Steinklopfer, 162 Schweißer, 183 Werftarbeiter, 1.375 Asbestarbeiter und 2.820 Chromarbeiter. Berufskrankheiten wie Lärmschäden, Hauterkrankungen, Silikose und Infektionskrankheiten nehmen zu.

Kann die Ware Arbeitskraft im Betrieb nicht mehr produktiv eingesetzt werden, wird der Arbeiter mit einer am Existenzminimum orientierten Rente abgeschoben. 1977 konnten nur noch 22% aller Arbeitnehmer so lange arbeiten, bis sie reguläre Altersrente bezogen. Arbeiter sind überproportional betroffen.

Frauen werden mißhandelt. 35% der arbeitenden Frauen sind Hauptverdiener, aber in der Regel liegen ihre Löhne bei gleicher Arbeitsleistung um 1/3 unter denen der Männer. Die gesamte Belastungssituation führt zu psychosomatischen Krankheiten.

Der Zusammenhang zwischen materieller und psychischer Verelendung wird deutlich. Wer die unbefriedigendste und belastendste Arbeit ausführen muß, wird dafür am schlechtesten bezahlt. Das niedrige Einkommen ermöglicht keinen materiellen Ausgleich der Arbeitsbelastung. Stattdessen wird er mit engen Wohnungen und zerstörter Wohnumgebung konfrontiert. Er sorgt sich um die Existenz seiner Familie. Die

Buchbesprechung / Pflichtlektüre für alle Gewerkschafter (2):

DIE SUPERREICHEN IN DER BRD

Der Mythos von der klassenlosen Gesellschaft / Statistik wird nicht geführt...

Amtliche Statistiken über das Ausmaß der Zusammenballung von Reichtum und wirtschaftlicher Macht werden nicht geführt. Untersuchungen Berni Engelmanns ergaben, daß rund 300 Familien einer alten Geldelite rund 2.975.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigen. Rechnet man für jeden Arbeitnehmer 2,5 Angehörige, so übt jede Unternehmerfamilie Macht auf 25.000 Männer, Frauen und Kinder aus. Sie hat Einfluß auf ihre Arbeitsplätze, ihren Lebensstandard und ihre Arbeitsbedingungen; sie steckt Grenzen und Möglichkeiten in ihrem (Privat-)Leben ab.

1970 betragen die Umsätze der ganz oder maßgeblich von ihnen beherrschten Unternehmen das Anderthalbfache dessen, was dem Bund jährlich für seine Ausgaben zur Verfügung stellt. Mehr als zwei Drittel des Produktivkapitals der deutschen Wirtschaft ist im Besitz von 1,7% der Bevölkerung. Nur 226 Familien besitzen 755.000 Hektar Land (= 7,55 Mrd. qm) - eine Fläche, die den Bundesländern Hamburg, Bremen, Saarland, Westberlin und einigen Landkreisen zusammen entspricht.

Wie man zu solchem Reichtum kommt?

Der Brauereibesitzer Cramer behauptet, daß man nur durch "Konsumverzicht und harte Arbeit zu etwas kommen kann". In den letzten 10 Jahren erhöhte sich die Kommanditeinlage der Brauerei Warstein aufgrund seines persönlichen Konsumverzichts von 15.000,- DM auf 7,5 Millionen DM - ein Unternehmerstundenlohn von 360,82 DM!

Die Vorfahren des 7. Fürsten von Waldburg zu Zeil und Trauchburg ver-

danken die Vermehrung ihres zunächst noch geringen Vermögens dem sogenannten "Bauernjörg", der den Bauernaufrast 1522-26 niederwarf. Er ließ Tausende foltern, verstümmeln, töten und erweiterte seinen Grundbesitz und seine Hausmacht. Der Kaiser beförderte ihn zum Baron.

Der heute lebende "Fürst Georg" (v. Waldburg etc.pp.) verfügt über 100 Mio. qm Grundbesitz, residiert in einem mit Steuermitteln renovierten



Dies ist die "Zweitwohnung" eines reichen Müßiggängers - Millionen von Arbeitern suchen eine menschenwürdige Erstwohnung!

Renaissance-Schloß mit 2.000 Beschäftigten, gründete eine Kurverwaltung, deren Jahreseinnahmen auf rund 80-100 Millionen DM geschätzt werden, ist unter anderem Papierfabrikant und stieg ins Zeitungsgeschäft ein. Er ist Mitglied der CDU und der CSU, zu seinen Gästen zählt u.a. Franz Josef Strauß.

Zum Oetker-Konzern gehören neben den bekannten Backwaren, eine Fischer, Handel, Transport, Banken und Versicherungen, eine Hochseeflotte, zahlreiche Brauereien sowie Fabriken, in nahezu allen Branchen - 23.000 Beschäftigte und rund 2,1 Mrd. DM Umsatz im Jahr 1971.

Dr. A. Oetker begann 1890 mit einer Apotheke. Er pries "Backin" als Markenartikel an und startete einen Werbefeldzug. Sein Nachfolger Dr. Kaselow-

"Wirtschaftswunders" Riesengewinne, die nicht einmal versteuert werden mußten. Sie konnten gewinnbringend angelegt und der Konzern ausgebaut werden.

Reichtum ist nicht nur eine Ansammlung von Gütern, sondern auch politische Macht.

Ottmar Strauß, durch Rüstungsgeschäfte reich geworden, finanzierte 1919 das "Regiment Reichstag", das die Spartakisten bekämpfen sollten. Andere Industrielle unterstützten rechtskonservative Parteien. Thyssen zahlte schon für Hitlers Marsch auf die Feldherrenhalle 1 Mio. Mark. Ab 1933 stellten die Adligen 18,5 % der ranghöchsten SS-Führer.

Heute haben Personen aus der Aristokratie und der Hochfinanz Verbindungen zu einflußreichen Politikern; sie sitzen in Parlamenten (als Abgeordnete der CDU/CSU), in einflußreichen Organisationen und Ausschüssen, im diplomatischen Dienst, im Offizierskorps der Bundeswehr, in Wirtschaftsverbänden, Verwaltungs-, Aufsichts- und Beiräten der Industrie, der großen Versicherungen und Banken.

Das Ziel der Geldelite: ihre Macht und die Ordnung, die sie schützt, erhalten und zu ihrem Vorteil ausnützen.

Die Zerstörung des Zweiten Weltkriegs und der Währungsreform brachten die arbeitende Bevölkerung um ihre letzten Ersparnisse, d.h. um den Verdienst vieler Arbeitsstunden. Die (alten) Besitzer der Sachwerte konzentrierten das neu ausgegebene Geld auf sich, indem sie ihre gehorteten Waren verkauften.

Der Wiederaufbau, das deutsche Wirtschaftswunder wurden mit langer

Arbeitszeit und niedrigen Löhnen bezahlt; hohe Preise enthielten die Investitionskosten. Der Staat erlaubte überhöhte Abschreibungen, d.h. er verzichtete auf Steuergelder von Unternehmern und subventionierte sie.

Während eine kleine Elite immer reicher wurde, erarbeiteten sich die Lohnabhängigen einen langsam steigenden Lebensstandard, der heute von der Krise bedroht ist - im Gegensatz zu den Gewinnen.

Der Krupp-Erbe Arndt von Bohlen und Halbach kassiert trotz Übergabe der Firma an eine Stiftung noch jährlich zwischen 3 und 6 Millionen DM und verfügt über das Privatvermögen seines Vaters - ohne zu arbeiten. Die Bergleute in den Krupp-Betrieben machen ihre Gesundheit für weniger Geld kaputt.

Arbeit bei der deutschen Hochseefischerei bedeutet Arbeitszeit bis zu 16 Stunden täglich, ohne Rücksicht auf die Witterung, winzige Kojen, fehlende ärztliche Behandlung, autoritäre Ordnung und Isolation für 3 Wochen bis zu 3 Monaten. Die Monatssteuer beträgt 600,- DM und erreicht mit prozentualer Beteiligung am Fischfang nie mehr als 1.600,- DM. Ein Reeder wie Oetker verdient pro Fischladung 50.000 - 100.000,- DM.

Eine kleine Elite stützt sich auf eine Ordnung und eine Produktionsweise, die einerseits zu Macht und Reichtum führt hat, andererseits zu sinkendem Lebensstandard, gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen und zerstörter Umwelt. Eine Produktionsweise, die durch sinnlose Verschwendung und Krisen ihre Berechtigung verloren hat.

Berni Engelmann
Günter Wallraff
"Ihr da oben - wir da unten"
rororo, Bd. 6990
Preis: 5,80

Trotz neuem Chemikaliengesetz:

KONZERNE VERGIFTEN DIE UMWELT

Erpressung mit Arbeitsplätzen

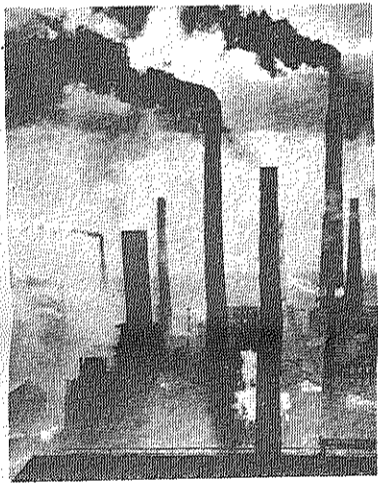
ROLAND JAKUBEIT
SPD-MITGLIED AUS HESSEN

Am 25. Juni wurde einstimmig vom Bundestag ein neues Chemikaliengesetz verabschiedet. Dieses Gesetz, erfuhr in seiner zweijährigen Planungs- und Beratungsphase aufgrund der Einflußnahme der Chemiekonzerne einerseits und des CDU/CSU-beherrschten Bundesrates andererseits viele Abschwächungen. So wurde aus dem einstmalig wenigstens mit Milchzähnen ausgestatteten Gesetzesentwurf nunmehr eine ziemlich zahnlöse Reformleiche.

Das Gesetz

Das von der Bundesgesundheitsministerin als "Meilenstein im Umwelt- und Gesundheitsschutz" bezeichnete Gesetz sieht im einzelnen folgendes vor:

Die jährlich ca. 3.000 neu entwickelten Chemikalien müssen 45 Tage vor Herstellungsbeginn bei den Behörden angemeldet werden. Diese haben sie hinsichtlich negativer Auswirkungen auf Mensch und Umwelt zu untersuchen. Gegebenenfalls haben sie Auflagen zu erteilen oder können die Herstellung ganz verbieten. Zu kritisieren ist neben der viel zu kurzen Untersuchungsfrist vor allem die Tatsache, daß dies nur für solche Chemikalien gilt, von denen jährlich mehr als eine Tonne hergestellt wird. Darüberhinaus existieren keinerlei Prüfungsordnungen für diese Stoffe.



Für die 50.000 bereits bekannten Chemikalien ist eine systematische Prüfung nicht vorgesehen, jedoch können die Behörden einschreiten, wenn eine "besondere Giftigkeit" besteht. Abgesehen davon, daß auch hier Prüfungsordnungen fehlen, ist völlig unklar, wann eine "besondere Giftigkeit" besteht.

Langzeitwirkungen müssen grundsätzlich nur untersucht werden, wenn eine bestimmte Menge dieser Chemikalien

produziert werden soll. Aber gerade in der erheblichen Verzögerung, mit der sich meistens die negativen Einflüsse bestimmter Stoffe zeigen, besteht eines der Hauptprobleme chemischer Gefährdung.

Ferner wird durch das Gesetz die Verpackung und Kennzeichnung aller Chemikalien entsprechend ihrer Gefährlichkeit vorgeschrieben, sowie bestimmt, welche Beschaffenheit Arbeitsplätze, an denen mit Chemikalien gearbeitet wird, haben müssen.

Angesichts der erschreckende Ausmaße annehmenden Zerstörung unserer Umwelt (siehe Kasten), erscheint dieses Gesetz wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Es liegt jedoch nicht am fehlenden guten Willen maßgeblicher Politiker - nein: diese können gar nicht anders handeln, wenn sie nicht bereit sind, die privatkapitalistische Produktionsweise abzuschaffen (und das sind sie nicht!). Am Beispiel der Bayer-Leverkusen AG soll dies verdeutlicht werden.

Das Beispiel Bayer

Zur Vorgeschichte: Im Mai dieses Jahres blockierte die Umweltschutzorganisation "Greenpeace" im Rotterdammer Hafen Giftschiffe der Bayer AG, welche seit nunmehr 12 Jahren ihre hochgiftigen Dünnsäureabfälle 50 km vor der holländischen Küste ins Meer laufen läßt. An diesem Verfahren kritisieren die Umweltschützer insbesondere die Gefahr, daß durch das Zusammenfließen der Säure mit Meerwasser Gipschlamm entsteht, der sich am Meeresboden absetzen und die dort lebenden Mikroorganismen abtöten würde. Zunächst reagierte die Bayer AG in altbekannter Manier: durch die Drohung, wenn die Einleitung der Säure in die Nordsee verboten werden würde, seien in Leverkusen 3 - 4.000 Arbeitsplätze in Gefahr. Durch Prozedrungen versuchte man die Umweltschützer einzuschüchtern; mußte dann angesichts der positiven öffentlichen Reaktion auf die Blockade jedoch Zugeständnisse machen.

Diese gipfelten schließlich sogar in dem Versprechen, bis 1980/84 umweltfreundlichere Abfallbeseitigungsmaßnahmen zu finden. Da bessere Arten der Abfallbeseitigung natürlich mit höheren Kosten und damit mit niedrigeren Profiten verbunden sind, muß stark bezweifelt werden, daß die Bayer AG trotz ihrer gegenwärtig nach oben weisenden Profitkurve (im vergangenen Geschäftsjahr +17,3%) ihr Versprechen wahr machen wird. Da die Profite ja jedem Kapitalisten bzw. Aktionär heilig sind, wird Bayer nie einer Profitminderung zustimmen. Aber selbst wenn der Staat versucht hätte, z.B. durch Aufnahme

entsprechender Regelungen im Chemikaliengesetz die Industrie zu besseren Schutzmaßnahmen für Mensch und Umwelt zu zwingen, wäre dies wahrscheinlich von wenig Erfolg gekrönt gewesen. Schließlich verfügt die Industrie aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht auch über die entsprechende politische

das ökologische Gleichgewicht gefährliche Produktionsmethoden oder gar die Herstellung lebensgefährlicher Materialien (z.B. Rüstung, Atomkraftwerke) gut heißt. Von dem Beispiel der oppositionellen Bayer-Betriebsräte muß die gesamte Gewerkschaftsbewegung lernen!



Macht, die ihr die Verhinderung bzw. Umgehung mißliebiger Gesetze gestattet. Der von den Unternehmen verhängte Lehrstellenboykott, der die Inkraftsetzung der Berufsbildungsabgabe verhindern sollte, beweist dies zur Genüge. Nur durch Verstaatlichung der Industrie unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltunglichen Gesamtplanung der Produktion, kann man daher die Macht der Unternehmer brechen und eine erfolgreiche Wende in der Umweltpolitik einleiten.

Des Lehrstücks zweiter Teil

Ein Lehrstück für die Arbeiterbewegung ist der Fall Bayer auch in anderer Hinsicht: Kaum hatte der Bayer-Vorstand mit dem Verlust von 3 - 4.000 Arbeitsplätzen bei einem eventuellen Verbot der Gewässerverschmutzung gedroht, stellte sich schon die Betriebsratsmehrheit hinter ihn und behauptete die Ungefährlichkeit dieses Verfahrens. Die Betriebsratsmitglieder der Liste "Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat" stellte hingegen fest: "Wir lehnen es ab, uns mit solch einer Argumentation zum Erfüllungsgeliebten des Unternehmens machen zu lassen" und lehnte die Abfallbeseitigungsmethode der Bayer AG ab. Das Verhalten dieser Kollegen gilt es uneingeschränkt zu begrüßen. Die berechtigte Angst vieler Kollegen vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes darf nicht dazu führen, daß man im Profitinteresse des Unternehmers für

Darüber hinaus müssen wir als Sozialisten unbeirrt klarmachen: Nur in einer sozialistischen Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle, die entsprechend den Bedürfnissen, nicht dem Profit produziert, läßt sich Rücksicht auf die Umwelt nehmen. Darüber hinaus gefährdet eine sozialistische Umweltpolitik keine Arbeitsplätze. Im Gegenteil: Sie schafft welche!

Umweltvergiftung - was ist das?

Einige Beispiele, die man belnahe täglich in der Zeitung finden kann (oder auch nicht):

- *An der Südspitze der Insel Sylt und im Mündungsgebiet der Eibe ist heute schon jeder zweite gefangene Fisch krank. Industrie- und Klärbwässer bewirken neben dem Auftreten von Fischen mit großen Tumoren vor allem Mutationskrankheiten, also z.B. Fische mit Flossenfäule, Fische ohne Schuppen und Fische ohne Augen.
 - *42 durchgerostete Fässer mit krebserregenden Kohlenwasserstoffverbindungen wurden beim Bau eines Parkplatzes in der Neubausiedlung West-Lekkerkerk in Holland gefunden. Da das Gift im Grundwasser nachgewiesen wurde und die Behörden noch weitere 5.000 Fässer unter dem Gebiet vermuten, wurde nach der Evakuierung der Bewohner der gerade fertiggestellten Neubausiedlung diese in Soweso-Manier neu ausäugt und zur verbotenen Zone erklärt.
 - *Obst und Gemüse im Bereich der Friedrich-August-Hütte der Preussag in Nordenham sind zu 33% blei- und zu 25% cadmiumverseucht. Um das Problem zu "lösen", wurden von den Behörden Verzehrsempfehlungen ausgegeben, nach denen die Anwohner pro Woche z.B. höchstens 50 g Salat aus dem eigenen Garten essen dürfen. Etwas großzügiger verfährt man hingegen im ebenfalls von der Preussag mit Blei und Cadmium verseuchten Gebiet Goslar, wo die Bewohner immerhin 200 g Salat pro Woche "genießen" dürfen.
- und ... und ... und ...

Mehr von VORAN! Mehr über VORAN!

o VORAN-Sonderausgabe "Kernenergie"	Einzelpreis+Porto	-,40 DM
o Broschüre (Artikelsammlung) Über Jusos	EP+Porto	1,50 DM
o Gewerkschaftsbroschüre "Frischer Wind.."	EP+Porto	1,50 DM
o Artikelsammlung Stahlstreik 1978/79	EP+Porto	1,00 DM
o "Bürokratische Herrschaft oder Arbeiterdemokratie", Broschüre über Sowjetunion	EP+Porto	1,00 DM
o Europa-Poster, zweifarbig, "Vor an zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa"	Solidaritätspreis incl. Porto	5,00 DM
GESAMTSUMME..... DM		

Bitte Gesamtsumme überweisen an: H.G.Öfinger, PschA Esn.17020-433 oder in Briefmarken aussenden.
Diesen Bestellschein einlesen und einsenden an:
VORAN, Hammesberger Str.75, 5630 REMSCHEID
Name:
Anschrift:

NICHT NUR STUDENTEN UND BEAMTE

VERFASSUNGSSCHUTZ BESPITZELT AUCH BETRIEBSRÄTE

Der Verfassungsschutz überprüft systematisch Betriebsräte und Jugendvertreter. 13.000 Namen samt Adressen sowie Angaben über Parteizugehörigkeit und gewerkschaftliche Aktivitäten wurden erfaßt und auf Bundes- und Landesebene gespeichert.

Wie lange geht das eigentlich noch so weiter? Daß der Verfassungsschutz jedem, der in den Öffentlichen Dienst oder gar Beamter werden will, auf die Finger bzw. auf den Mund schaut, ist ja gang und gäbe. In "linken" Studentenkreisen nach Terroristen herumzuschneifeln, wird den Schützern der FDGO wohl auf die Dauer zu langweilig (wen wundert's, bei dem Erfolg).

1800 Betriebe erfaßt

Erstmals berichtete der 'Stern' über die Verfassungsschutzpraxis gegenüber Betriebsräten. So wird berichtet, daß die Geschäftsleitung der Bremer Vulkan-Werft mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeitete. Die Dreher in diesem Betrieb riefen sofort eine Abteilungsversammlung ein und forderten den Bremer Innensenator in einem Schreiben auf, die das "Demokratieverständnis auf Dauer störenden Vorfälle" genauestens zu untersuchen. Antwort des Innensensors: er habe seinen Herrn Senatsdirektor beauftragt, mit fachkundigen Beamten alle Vorwürfe zu prüfen.

Nach Vorlage des Berichts würde er dann die parlamentarischen Gremien, Senat, DGB und Öffentlichkeit informieren.

Dieser Bericht bestätigte dann im wesentlichen die Vorwürfe des Stern und machte somit die übliche Überprüfungspraxis bekannt. Weist aber alle Vorwürfe gegenüber dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) strikt zurück. In diesem Bericht steht dann auch zu lesen, daß seit 1963 die Ergebnisse von Betriebsratswahlen und seit 1975 auch von Jugendvertreterwahlen vom Verfassungsschutz dahingehend untersucht werden, ob Angehörige linksextremistischer Organisationen gewählt wurden.

So wurde das LfV Bremen vom Bundesverfassungsschutzamt angewiesen, entsprechende Angaben für 31 Bremer Betriebe zu sammeln. Insgesamt wurden 1978, so schreibt der "Spiegel", 1.800 Betriebe vom Verfassungsschutz erfaßt.

Neben den Protesten einzelner Betriebsräte verfaßte auch die IG Metall einen dreiseitigen Protestbrief. Der Abteilungsleiter des Innenministeriums gab dem IG Metall-Vorsitzenden Loderer die Antwort, daß es allein darum gehe, "die Betriebsarbeit extremistischer Organisationen, vor allem der DKP, zu beobachten." Na, wenn die DKP linksextremistisch ist, dann haben



GORLEBEN IM MAI 1980: WIRD DIE POLIZEI SO AUCH BALD GEGEN STREIKS UND ARBEITERDEMONSTRATIONEN VORGEHEN ?

sozialistische Betriebsräte ja noch einige Überprüfungen vor sich.

Angst vor aktivem Engagement

Diese Überprüfungspraxis hilft letzten Endes nur den Kapitalisten. Ein Klima, in dem sich jeder bespitzelt

fühlt, führt momentan nur dazu, daß viele Kollegen nicht mehr bereit sein werden, sich in den Betrieben zu engagieren. Wenn demokratische Rechte nicht noch weiter abgebaut werden sollen (1984 ist nicht mehr weit!), müßten die von Demokratie schwätzenden "Christen" und "Liberalen" und "Sozial-

liberalen" zeigen, wie ernst es ihnen damit ist. Aller Erfahrung nach können wir dazu aber nichts erwarten...

Zum 13. Gewerkschaftstag der IG Metall, der Ende September in Berlin stattfand, hieß es im Antrag Nr. 858, daß die IG Metall auf eine Kontrolle über die Anwendung von Datensystemen in den Betrieben hinwirken muß. Der Vorstand wird in diesem Antrag aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß kein Mißbrauch mit persönlichen Daten in den Betrieben getrieben werden kann, etwa die Weitergabe von Daten an den Verfassungsschutz...

Ist dieser Staat wirklich so demokratisch ?

Was ist das für ein Staat, der sich "demokratisch" nennt und eine solche Schnüpfelpraxis gegenüber seinen Bürgern nötig hat? Am besten können wir verhindern, daß mit Daten Mißbrauch getrieben wird, indem die Großbetriebe vergesellschaftet werden. Schluß mit der Bespitzelung von kritischen, kämpferischen und sozialistischen Kollegen!

PETER FROESE
MITGLIED DER SPD
UND DER IG METALL

SPD-Unterbezirk Unna: Auseinandersetzungen um Bundeswehrgelöbnis

WER IST DER HERR IM HAUS ?

Ausschluss-Verfahren mussten eingestellt werden

Nach dem Fiasko von Bremen wollten die Generäle und ihre Bonner Aufpasser das Bild wieder zurechtücken. In Remscheid und in Kamen sollten nun "ordentliche" Veranstaltungen bei der öffentlichen Vereidigung der neuen Bundeswehrrekruten ablaufen. Die Militärs wollten vergessen machen, welche unterwürfige Rolle das deutsche Offizierskorps gegenüber dem Nazi-Staat spielte.

Mit der wachsenden wirtschaftlichen Macht der BRD streben Teile der herrschenden Klasse eine entsprechende Stärkung der Streitkräfte an. So die "Nach"-Rüstung, die gegenwärtig läuft; so auch die Schaffung von Bundeswehr-Orden; so auch das Spektakel um das öffentliche Gelöbnis.

Die Entscheidung, im September ein öffentliches Gelöbnis in der SPD-Stadt Kamen im Unterbezirk Unna durchzuführen, löste in den Reihen der SPD Verwirrung aus. Man wollte zwar mit den 'Militanten' von Bremen nicht in einen Topf geworfen werden, aber ein Militärspektakel in der Arbeiterstadt wollte man auch nicht.

"Gefährliche Spinner"

Der Rat der Stadt Kamen bietet die Stadt als Schauplatz für ein öffentliches Gelöbnis der Bundeswehrrekruten an. Die SPD-Bundestagsabgeordneten (MdBs), Udo Fiebig und Manfred Schulte, sind dagegen. Sie fürchten Ausschreitungen wie im Mai in Bremen. Kamens Bürgermeister Friedhelm Ketteler (SPD) läßt sich davon nicht beeindrucken. Er bekräftigt den Beschluß, das Gelöbnis in aller Öffentlichkeit durchzuführen und verspricht sogar, die zentrale Rede zu halten. Er meint: "Die wenigen, außerhalb Kamens wohnenden, zum Teil gefährlichen Spinner können uns nicht daran hindern, die Vereidigung im geplanten Rahmen durchzuführen."

Mittlerweile hatte der Unterbezirk (UB) der SPD sich mit der Position der MdBs solidarisiert. Kettelers Aussagen waren also ein Schlag ins Gesicht seines UBs und der zwei MdBs. Die CDU war schnell zur Stelle: sie sah in der Position von UB und MdBs eine 'Kapitulation gegenüber denjenigen Kräften, die bestrebt sind, durch Demonstrationen gegen die Bundeswehr auch gegen unseren freiheitlichen Rechtsstaat zu Felde zu ziehen'.

Am 14.8. schlossen sich auch der Kamener Vorstand der Bergbaugewerk-

schaft IGBE und der Betriebsrat der Zeche 'Monopol' den 'gefährlichen linken Spinnern' an, indem sie sich gegen das öffentliche Gelöbnis aussprachen. Bis dahin hatten sich so gut wie alle Linken und kritischen Organisationen im Kreis Unna ebenfalls dagegen ausgesprochen: Jusos, Judos, Grüne, Falken, SDAJ, VVN, Kriegsdienstverweigerer usw. Somit war die Rechte in Kamens SPD im Kreis fast vollständig isoliert. Unterstützung fand sie nur bei der CDU und den Militärs!

Hilfe aus Bonn und von der NPD

Die Bonner Hardthöhe (Verteidigungsministerium) weist die Bedenken des UBs und der MdBs zurück und schickt den parlamentarischen Staatssekretär von Bülow nach Kamen. Er hielt es für wichtig, daß die Bundeswehr sich von Zeit zu Zeit friedlich zeigt. "Und das besonders im Ruhrgebiet; denn wir (!) leiden noch heute darunter, daß man es in der Kaiserzeit nicht gewagt hat, im Revier Kasernen zu bauen." (WAZ 19. 8. 80)

Zu den Befürwortern des Gelöbnisses schlug sich dann am nächsten Tag auch der Kreisverband Unna der NPD. Die Neonazis kündigten eine Kundgebung am Tag des Gelöbnisses in der Stadtmitte von Kamen an unter dem Motto "Ja zur Bundeswehr! Gegen die rote Volksfront-Mafia!".



Brutale Gewalt der Polizei gegen friedliche Gelöbnisgegner

Danach beginnt das Pendel eine Zeitlang nach rechts auszuschlagen: die Rechten in den DGB-Ortskartellen Kamen und Bergkamen biedernten sich bei der Bundeswehr an und versicherten ihr, daß der 'in der deutschen Tradition

begründete Streit zwischen der Arbeitnehmerschaft und den bewaffneten Streitkräften ein für alle mal beendet sein sollte' und kündigten an, daß keine DGB-Gewerkschaft an einer Gegendemonstration am 11. September teilnehmen würde. Daß sie in dieser Frage von der Basis einer in dieser Gegend sehr wichtigen Gewerkschaft isoliert waren, zeigte die spätere Entwicklung. Kamens Bürgermeister Ketteler bekam auf dem Stadtparteitag der SPD dann eine Woche später Rückendeckung; auf der gleichen Veranstaltung machte auch MdB Schulte einen Rückzieher.

Fünf Demonstrationen verboten

Bis zum 8. September hatte sich aber das Bild in Kamen geändert: am Samstag fand ein 'Friedensmarkt' eines antimilitaristischen Bündnisses aus Dortmund in Kamen statt, mehrere Organisationen meldeten Gegendemonstrationen für den 11. September an, falls die NPD-Kundgebung nicht verboten würde. Insgesamt fünf Demonstrationen (!) für die gleiche Zeit am gleichen Ort: Die NPD auf der einen Seite, auf der anderen Seite - trotz der Stellungnahme der Ortskartelle der DGB, Kollegen von der Zeche 'Monopol', die Grünen und die Falken. Die aktive Basis der Arbeiterbewegung stellte sich damit offen gegen die rechte Führung.

Nach langem Zögern griff dann der Kreisdirektor Krabs ein: in einem Rundumschlag verbot er sämtliche fünf Demonstrationen.

Das Verbot der Demonstrationen durch den Kreisdirektor gibt jetzt den rechten Funktionären den Mut, wenigstens mit der aufmüpfigen Jugend in der SPD aufzuräumen. Am Tag darauf wurden 17 Einschreibebriefe mit dem Briefkopf des Bezirks Westliches Westfalen der SPD und mit der Unterschrift von ... MdB Udo Fiebig (!) losgelassen. Inhalt der Briefe: "Uns liegt ein Flugblatt vor unter der Schlagzeile 'Ohne Frieden keine Zukunft! Kampf dem Militarismus!' Dieses Flugblatt ist von verschiedenen Organisationen und Personen unterzeichnet, u.a. auch von Ihnen. Besonders machen wir auf die Unterschriften folgender Organisationen aufmerksam: VVN Kreisverband Unna/Hamm, SDAJ Unna/Hamm, DKP Kamen. Wir sehen in dieser Tatsache den § 6 Abs.1,2 unseres Organisationsstatuts in der Fassung vom 10. Dezem-

ber 1978 als erfüllt an. Damit stellen wir fest, daß Ihre Mitgliedschaft in der SPD automatisch erloschen ist."

Nach dem zaghaften "Kampf" des Pastors Fiebig gegen das Militärspektakel, wo er und Schulte eigentlich nichts dagegen hätten, wenn alles diskret hinter der Kasernenmauer passieren würde, wird aus dem Kritiker ein eifriger Hexenjäger.

Im Endeffekt verlief das Militärspektakel ohne große Störung (Was auch kein Wunder ist, wenn man den dreifachen Sicherheitsgürtel und das Verschleppen von Kritikern betrachtet!). Es hat aber tausende von Bürgern in Kamen und Umgebung geärgert, weil schon am Vormittag vor der abendlichen Veranstaltung Autofahrer durchsucht wurden.

Am Tag des Gelöbnisses gibt sich der Unterbezirksvorstand der Jungsozialisten geschlagen und zieht seine Unterschrift vom beanstandeten Flugblatt zurück und tritt als Vorstand zurück.

Für die SPD-Spitze war denn alles gelaufen: Fiebig und andere hatten sich zwar kritisch zur Gelöbnis-Feier geäußert, aber nicht zu kritisch, und nicht so, daß die CDU einen Strick

EIN AUGENZEUGENBERICHT

ÖFFENTLICHES GELÖBNIS VON 600 REKRUTEN IM JAHN-STADION ZU KAMEN AM 11. SEPTEMBER 1980

Perfektion bis ins letzte Detail:

* 1. Sperrriegel schon an den Zufahrtsstraßen. "Auffällige" Autos werden nach "Waffen oder ähnlichem" untersucht. Was dabei gefunden wird, ist ein "Beweis" für die Absicht, Gewalt anwenden zu wollen: Benzinkanister (!), Dachlatten, Äxte, Hämmer u.a.

* 2. Sperrriegel etwa 100 Meter vor dem Eingang des Stadions. Hier übernimmt die Polizei das Kommando. Spießrutenläufen durch eine Kette von zehn sich gegenüberstehenden Polizisten. Gesichtskontrolle! Bist Du auffällig, wirst Du höflich aber bestimmt bis ins Detail untersucht. Zwischen dem 2. Sperrriegel und dem Stadioneingang Hunderte von bis an die Zähne bewaffneten Polizisten. Säuberlich gestaffelt, jederzeit einsatzbereit. Spätestens hier beginnt ein flaueres Gefühl in Deinem Magen zu wachsen.

* 3. Sperrriegel. Die Feldjäger haben sich die Nachlese ausgebeten. Wen die Polizei durchließ, muß noch längst nicht von den Feldjägern für wert gehalten werden.

daraus hätte drehen können; nach links abgegrenzt habe man sich auch prima, die Jusos hätten auch gespurt. . .

Aber dann scharten sich 29 weitere SPD-Mitglieder um die vom Ausschluß bedrohten! Jeden Tag solidarisierten sich mehr! Die 29 waren überwiegend sehr aktive Genossen, zum Teil Funktionsträger aller Art. Man sprach davon, 'die halbe Partei ausschließen zu müssen'. Binnen 24 Stunden griff der Bezirksvorstand ein und zog die Ausschlüsse zurück! Leider hatte der Juso-UB-Vorstand die Bedeutung dieses Rückziehers des Partei-Bezirks vorher abgeschwächt, indem er seine Unterschrift zurückzog. So konnte der Bezirksvorstand argumentieren, daß kein Grund zum Ausschluß mehr vorlag. Die Linke im Kreis Unna wird allerdings die Bedeutung der prompten Solidarität richtig zu schätzen wissen.

Die Linke in der SPD und den Gewerkschaften kann aus solchen innerparteilichen Kämpfen viel lernen: Auf wen ist Verlaß? Wer vertritt konsequent die Interessen der Arbeiter und des einfachen Mannes? Wer biedert sich bei den Machthabern an? Wer kämpft ohne Rücksicht auf persönliche Nachteile, die entstehen können?

In Kamen und im Kreis Unna ging das 'Spiel' unentschieden aus: die Militärs zeigten, daß sie sehr überzeugend 'Herr im Haus' spielen konnten. Die Linke in der SPD zeigte, daß sie genug Mut und Stärke hat, den Manövern und Angriffen abgehobener Funktionäre und Parlamentarier entgegenzutreten.

Eine irre Situation. Es entstehen immer wieder Staus. Die Hinteren drängen ins Stadion, doch die vorne dürfen nicht rein. Jemand fragt höflich, warum er nicht durchgelassen wurde. Eisiges Schweigen, keine Reaktion. Auch häufiges Nachfragen bringt keine Erkenntnis. Plötzlich eine Funkdurchsage der Feldjäger an die Polizei: "Hier versucht eine Gruppe gewaltsam ins Stadion einzudringen." Es kommt Bewegung in die bereitstehende Polizei. Mit zwar nicht höflichen, dafür aber um so entschiedeneren Polizeigriffen wird die 'militante Gruppe' hinter den 2. Sperrriegel geschafft.

Wem es gelang, durch alle Sperrriegel zu schlüpfen, der hatte das zweifelhafte Vergnügen, mitzuerleben, mit welchen Machtmitteln und mit welchem Gefühlsanfällen die Bundeswehr 1980 ihr Selbstverständnis darstellt; der hatte auch die Gelegenheit, hautnah zu erleben, wie die kleinste kritische Äußerung zu diesem Spektakel mit der sofortigen Entfernung des Kritikers geahndet wurde. Grundgesetz, ach Grundgesetz . . . Beruhigend - immerhin kam auf jeden zivilen Besucher mindestens ein uniformierter Beschützer.

Erfahrungsbericht aus Stuttgart:

WOHNUNGSSUCHE UND HAUSBESETZUNG

Wer in einer Großstadt wie Stuttgart kein Großverdiener ist oder nicht zur Gruppe der ruhigen Ehepaare mittleren Alters, ohne Kinder, Katzen und Hunde gehört, der kann lange suchen, bis er eine Wohnung findet. Ich selbst habe dreiviertel Jahre mit 3 anderen Leuten versucht, eine 4-Zimmer-Wohnung zu mieten. Unsere Wohnungssuche fing an mit einfachen Inseraten und Bewerbungen auf Mietangebote in der Zeitung und bei Maklern.

Endlich !

Nach einem dreiviertel Jahr verzweifelter Suche bekamen wir schließlich über einen Makler ein Angebot: ein eingeschossiges altes Fabrikgebäude in einem Hinterhof. Die "Wohnung" hatte keine massiven Trennwände, die Fenster waren aus Milchglas und der gesamte Zustand war miserabel. Obwohl wir morgens sofort auf die Zeitungsanzeige reagierten, waren wir nur wenige unter vielen Bewerbern. Immerhin, die Wohnung sollte sogar an Wohngemeinschaften vermietet werden, womit sich die Vermieterin als sehr sozial brüstete. Aber: 800 DM für ca. 100 Quadratmeter?!

2000 DM bar auf den Tisch

Wir waren durch die ewige Sucherei so am Boden zerstört und standen durch die vielen Mitbewerber so unter Konkurrenzdruck, daß wir die Wohnung sofort anmieteten. Wir blätterten die 1.200 DM Maklerprovision auf den Tisch und eine Kautions von 800 DM. Nachdem wir den Mietvertrag unterschrieben hatten, überlegten wir uns, wie wir den Mietpreis herunterdrücken könnten. 800 DM Monatsmiete war für die Lage und den Zustand der Wohnung viel zu viel. Der Mietpreisspiegel der Stadt Stuttgart wies für diese Wohngegend 24 DM pro Quadratmeter aus. Der Mietpreis war also um 100% zu hoch. Wir erklärten dies der Vermieterin und forderten sie auf, die Miete auf das übliche Maß zu reduzieren. Sie reagierte darauf total hysterisch und schaltete ihre Rechtsanwältin

ein und machte auf Erpressung. Wir durften gleich gar nicht einziehen, hatten aber bereits 2.000 Mark los, die wir bis heute nicht zurückerhalten haben. Uns blieb nur noch übrig, Anzeige zu erstatten wegen Mietwucher. Seither versuchen wir, auf juristischem Weg unser Geld zurück zu bekommen. Das städtische Amt für Wohnungswesen mußte uns zugestehen, daß der Mietpreis "nicht unwesentlich" zu hoch sei, und ein Mietpreis von 400 DM plus 100 DM Aufschlag für Wohngemeinschaften zumutbar wäre. Der Vermieterin wurde das zwar mitgeteilt, aber die Wohnung wird mit Sicherheit wieder für 800 DM vermietet werden, wenn die derzeitigen Mieter nicht auch gegen Mietwucher klagen.

Hoffnungslos

Schließlich mußten wir unsere gemeinsame Wohnungssuche aufgeben. Der ganze Aufwand an Zeit, Kraft, Verstellung, Anbiederung, Lügen, der harte Konkurrenzkampf um jede Hütte, die ständigen Wechselbäder von Hoffnung und Enttäuschung bei der Wohnungssuche, gingen mir ganz schön auf den Geist.

Hausbesetzung

Als ich dann im Mai von einer Hausbesetzung im Stuttgarter Stadtteil Plieningen hörte, kam mir das gerade gelegen, um meine Wut gegen die Wohnungsnot einmal zum Ausdruck zu bringen. Am 12. Mai besetzte ich mit ca. 60 jungen Leuten 3 leerstehende Häuser. Die Häuser hatten alle schon über 2 Jahre leerstanden. Trotzdem waren sie alles an-

dere als abbruchreif. Die meisten der Besetzer wohnen in viel schlechteren Wohnungen. Alle 3 Häuser sollen abgerissen werden, an ihrer Stelle sollen Eigentumswohnungen gebaut werden, die sich kaum jemand leisten kann.

Sympathie bei der Bevölkerung

Die Bevölkerung reagierte überwiegend mit Gelassenheit und Sympathie. Die Nachbarn schenkten Möbel, die Besucher in den Häusern und bei den Info-Ständen spendeten Geld und unterschrieben Sympathieerklärungen. Die Diskussionen, die mit Außenstehenden geführt wurden, waren von beiden Seiten aus sehr widersprüchlich.

Wir hatten als Gruppe keine einheitliche Meinung zum Thema Wohnungsnot. Das Spektrum reichte von liberal bis sozialistisch. Bei den Außenstehenden war eine starke Betroffenheit gegenüber der Wohnungssituation spürbar. Bei den Info-Ständen brachten die Leute ihre eigene Wut zum Ausdruck und erzählten von ihren Erfahrungen bei der Wohnungssuche.

Das waren Erfahrungen, die unsere eigenen oft bei weitem übertrafen. Eine Frau erzählte mir, wie sie sich längere Zeit gegenüber ihrem Vermieter prostituiert haben mußte, weil sie keine andere Wohnmöglichkeit hatte.

Was hätten wir tun sollen ?

Durch die überwiegend positive Unterstützung und die anfänglich große Aufmachung der Besetzung in Presse und Fernsehen wurden wir Besetzer unter Druck gesetzt, die ursprünglich kaum durchdachte spontane Aktion weiterzutreiben.

Für mich war die Frage, wie konnten wir die Stimmung in der Öffentlichkeit

dazu ausnutzen und den Druck auf die Hauseigentümer und Stadtverwaltung verstärken, um ihnen Zugeständnisse abzurufen. Wir hätten uns mehr Fakten und Argumente aneignen müssen über die Machenschaften der Spekulanten, Hauseigentümer, Makler und die Wohnungspolitik der Stadt Stuttgart. Mit einer klaren Analyse und klaren Forderungen hätten wir dann an die Öffentlichkeit gehen sollen, Versammlungen organisieren oder sogar eine Demonstration veranstalten sollen.

Zu wenig mobilisiert

Allein durch die Besetzung und ein paar weitere kleine Aktionen hatten wir die Eigentümer so weit gebracht, daß sie sich anfangs nicht getraut hatten, Anzeige zu erstatten und sich an die Öffentlichkeit zu wagen. Das Amt für Wohnungswesen versprach sofort, sich dafür einzusetzen, daß Mietverträge bis zum Abbruch gegeben werden. Es war sicher auch kein Zufall, daß sich der Gemeinderat plötzlich mit der Wohnungsnot befaßte und sogar die ersten Maßnahmen dagegen ankündigte.

Ich bin der Meinung, daß noch viel mehr erreicht worden wäre, wenn wir mehr Leute mobilisiert hätten. Stattdessen setzte sich unter den Besetzern eine andere Linie durch. Man blieb unter sich und juristische Fragen beherrschten die Diskussion.

Ein Haus wurde inzwischen kampflös zum Abriß freigegeben. Ein anderes soll auch freiwillig geräumt werden, wenn der Eigentümer abreißen lassen will. Das dritte Haus (das einzige mit Strom- und Wasseranschluß) ist von 8 Leuten fest bewohnt. Seit ein paar Wochen liegt eine Anzeige vor wegen Hausfriedensbruch und Diebstahl. Eine Räumungsklage wird folgen. Dagegen soll - so die Mehrheits-

meinung - "gewaltfreier Widerstand" geleistet werden.

Eine Räumung wird letztlich wohl nicht verhindert werden können, weil der bürgerliche Staat noch stark genug ist, um die Interessen seiner Klasse - der Kapitalisten - zu verteidigen. Trotzdem kann die Besetzung politisch ein Erfolg sein, wenn die Räumung in der Öffentlichkeit richtig ausgeschlachtet wird.

Wohnungsnot und Kostenexplosion

Indessen verschärft sich die Wohnungsnot in Stuttgart immer mehr. 43.000 Haushalte suchen eine Wohnung, 4.000 Personen sind in der Notfallkartei des Amts für Wohnungswesen registriert. Die Wohnungsnot führt zu ständig steigenden Mietpreisen. Die hohen Boden- und Baupreise haben den vielzitierten schwäbischen "Hausbauer" endgültig ins Museum der Heimatgeschichte verbannt.

Eine Lösung der ganzen Misere kann nur im öffentlichen Wohnungsbau liegen. Dazu müßten Grund und Boden, die Banken und Baufirmen in Gemeineigentum überführt werden. Die über 100 leerstehenden Häuser in Stuttgart müßten enteignet werden und zu niedrigen Sozialmietesätzen vermietet werden.

Hausbesetzungen können das Problem nicht lösen. Allenfalls können sie erreichen, daß das eine oder andere Haus wieder bewohnt wird. Aber selbst wenn alle noch bewohnbaren leerstehenden Häuser wieder bewohnt sind, gibt es immer noch zu wenig Wohnungen.

URSULA BECK
SPD-MITGLIED
STUTTGART

FÜR ARBEITERDEMOKRATIE IN DIE POLITISCHE REVOLUTION HAT BEGONNEN

"Wir Arbeiter müssen uns als Herren dieser Erde und dieser Betriebe fühlen, und so werden wir uns fühlen, und so werden wir arbeiten." Diese Worte rief der Danziger Streikführer Lech Walesa den Kollegen von der Lenin-Werft zu, nachdem am 31. August ein Abkommen zwischen Vertretern der streikenden Arbeiter im Raum Danzig und der Warschauer Regierung unterzeichnet worden war. Die seit Anfang Juni aufgeflamte Streikbewegung der polnischen Arbeiter war längst über die ursprünglichen Forderungen nach einem Ausgleich für die angezogenen Fleischpreise hinausgewachsen. Im Danziger Papier mußte, wie schon zuvor in Stettin und danach in anderen polnischen Industriegebieten, die Warschauer Staatsbürokratie auf dem Papier den Arbeitern nicht mehr und nicht weniger zugestehen als das Streikrecht und die Bildung freier, von Partei und Arbeitgebern unabhängiger Gewerkschaften.

Seit Juli dieses Jahres halten im ganzen Land die Arbeiter in Hunderten von Betrieben gegen die zum 1. Juli verkündeten kräftigen Preissteigerungen speziell für Fleisch (um 40 bis 60 Prozent) gestreikt. Zum dritten Male innerhalb der letzten 10 Jahre haben sich damit polnische Arbeiter erfolgreich gegen eine drastische Verschlechterung des Lebensstandards zur Wehr gesetzt und das Warschauer Regime zum Rückzieher gezwungen. Nachdem jetzt die ersten Betriebe Teuerungszulagen erkämpft hatten, sahen sich viele Arbeiter erst richtig dazu ermuntert, dasselbe auch für sich herauszuholen.

Die herrschende Bürokratie hatte gehofft, durch solche wirtschaftlichen Zugeständnisse "Ruhe und Ordnung" im Lande wieder herzustellen. Doch das Gegenteil war der Fall. Die Erfolge der Streikenden steigerten ihren Appetit. Die Kollegen wurden sich ihrer Stärke bewußt. Die Forderungen gingen sehr schnell über das rein Wirtschaftliche hinaus.

Die Speerspitze dieses Kampfes bildete die Belegschaft der Lenin-Werft in Danzig/Gdansk, die schon bei den früheren Kämpfen mit in vorderster Front

gestanden hatte. In ihrem vorbildlich organisierten Kampf verzichteten die Arbeiter jedoch diesmal (anders als früher) darauf, den Unmut spontan auf der Straße zu äußern, Parteigebäude zu stürmen und so dem Staatsapparat einen Vorwand zum Blutbad zu bieten. Die Belegschaft hielt den Betrieb besetzt.

Das aus den Vertretern der bestreikten Danziger Betriebe gebildete überbetriebliche Streikkomitee stellte eine Liste von 21 Forderungen auf, zu denen u.a. gehören:

- + Anerkennung der Gewerkschaftsfreiheit.
- + Garantie des Rechts auf Streik und Sicherheit für alle Streikenden.
- + Beachtung der in der polnischen Verfassung garantierten Freiheit der Meinungsäußerung und Pressefreiheit.
- + Freilassung aller politischen Gefangenen.
- + Aufhebung der Privilegien des Sicherheitsdienstes, der Miliz und des Parteiapparates, Abschaffung der Läden für Privilegierte.
- + Manager sollen nur aufgrund ihrer Qualifikation und nicht ihrer Parteizugehörigkeit bestimmt werden.
- + Garantie automatischer Steigerung des Grundlohns entsprechend den Preissteigerungen und des Sinkens des Geldwertes.

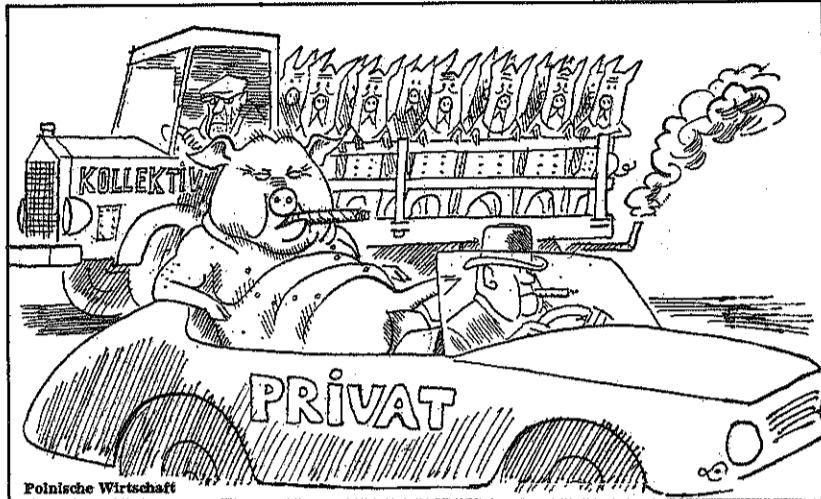
Bürokratie muß nachgeben

Auch viele beschwörende und drohende Gesten seitens der höchsten Staats- und Parteiführung nutzten der Bürokratie nichts mehr. Gegen Ende

August spitzte sich die Situation zu: ein gesamtpolnischer Generalstreik lag in der Luft. Unter diesem Druck mußte die Regierung in der entscheidenden Gewerkschaftsfrage nachgeben.

Zunächst wurden in Stettin und Danzig entsprechende Abkommen

stets sehr einfach. Nach ihrem Weltbild sind es "antisozialistische und reaktionäre Elemente", die die Arbeiter "aufwiegen" und den "Sozialismus gefährden". Warum - so mag man da fragen - lassen sich dann nach 35 Jahren polnischem "Sozialismus" die Arbeiter immer



geschlossen. In anderen Industriezentren mußten die Arbeiter bis weit in den September hinein weiter streiken, um von den örtlichen und Provinz-Bürokraten Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit schriftlich garantiert zu bekommen.

Mit Erklärungen für all dies machen es sich die stalinistischen Bürokraten

noch von einer Handvoll Agenten "irreleiten"? Und warum läßt sich dann die Staatsführung dazu herab, etwas so "unerhörtes" wie Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit schriftlich zu garantieren?

Kämpferische Traditionen

Ebensowenig zur Erklärung der polnischen Misere taugen auch Hinweise auf "subjektive Fehler" und "Auswüchse" bei einzelnen Spitzenbürokraten, auf Mißernten oder sonstige "Schicksalsschläge". Mit personellen Veränderungen, mit dem Rausschmiß einzelner Sündenböcke und mit kosmetischer Flickschusterei am stalinistischen System ist dieser Krise nicht beizukommen. In immer kürzeren Abständen (1956-1970-1976-1980) haben sich die polnischen Arbeiter gegen schlechte Lebens- und Arbeitsbedingungen aufgelehnt und damit begonnen, sich unabhängig zu organisieren und Forderungen aufzustellen, die letzten Endes die gesamte Herrschaft der privilegierten Bürokratie in Frage stellen. Bisher jedenfalls ist es der Bürokratie dabei gelungen, mit einer Mischung aus (vorläufigen) Zugeständnissen einerseits und brutaler Unterdrückung andererseits ihre Existenz zu retten und die Arbeiter hinzuhalten.

1956

Im Herbst 1956 (gleichzeitig mit der ungarischen Revolution) holte sich die in Bedrängnis geratene Bürokratie Gomulka an die Spitze von Partei und Staat. Gomulka hatte selbst kurz zuvor noch als Opfer stalinistischer Säuberungen im Gefängnis gesessen und konnte so seine Popularität unter der Bevölkerung ausnutzen, um die Bewegung in Schranken zu halten und in den darauffolgenden Monaten schrittweise alle Ansätze zu einer echten Arbeiterdemokratie zu zerstören.

In wenigen Jahren hatte Gomulka seinen Vorschußkredit bei den Arbeitern verspielt. Was blieb, war dieselbe alte bürokratische Unfähigkeit, Korruption und Bevormundung, mit den in den totalitären Diktaturen Osteuropas wohlbekannten Auswirkungen: niedrige Arbeitsproduktivität, mangelhafte Versorgung mit Konsumgütern und Ersatzteilen, wirtschaftspolitische Zickzacks zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung sowie Stagnation des Lebensstandards.

1970/71

Als im Dezember 1970 Preissteigerungen der Lebensmittel von durchschnittlich 20 Prozent angekündigt wurden, kam es in den Industriezentren an der Ostsee zu Streiks, die sich zum Arbeiteraufstand ausweiteten. Gomulka wurde als Sündenbock geopfert, und sein Nachfolger Gierek konnte noch so eben die Arbeiter beschwichtigen, indem er schließlich die Preiserhöhungen rückgängig machte.

Gierek versuchte, mit einem großangelegten Investitionsprogramm die Industrie zu modernisieren, die Produktivität zu steigern und die Löhne zu erhöhen. Die dazu notwendigen westlichen Kredite jedoch ließen die Auslandschulden in die Höhe schnellen, und zur Devisenbeschaffung mußten mehr Lebensmittel exportiert werden.

1976

Höhere Löhne ließen die Nachfrage besonders nach Fleisch ansteigen, und so war die nächste Krise bereits vorprogrammiert: Als im Juni 1976 Ministerpräsident Jaroszewicz drastische Preiserhöhungen ankündigte, zwangen ihn die Arbeiter binnen 24 Stunden zur Zurückstellung dieser Maßnahmen. Im ganzen Land war es zu Streiks und Demonstrationen gekommen, teilweise auch zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Seither hat das Regime wieder mit verstärkter Unterdrückung aktiver oppositioneller Arbeiter und Intellektueller versucht, der Lage Herr zu werden. Die wirtschaftlichen Steigerungsraten nahmen gegen Ende der 70er Jahre immer mehr ab, der Lebensstandard sank, die Unzufriedenheit wuchs weiter an.

Sündenböcke geopfert

Schon auf dem Parteitag der "Vereinigten Arbeiterpartei" im Februar 1980 kam es zu lebhaften Debatten und Auseinandersetzungen, wie man sie sonst von einem stalinistischen "Einheits"-Parteitag gar nicht kennt. Diesmal mußte Ministerpräsident Jaroszewicz als Sündenbock herhalten und abtreten. Mit ihm mußte ebenfalls eine Reihe hoher Wirtschaftsfunktionäre gehen. Die geballten Probleme blieben. Es war nur noch eine Frage der Zeit, bis der unumgängliche Funke neuer Preissteigerungen zu einer Explosion führen würde. Anfang September ereilte Parteichef Gierek dasselbe Schicksal wie zehn Jahre zuvor seinen Vorgänger Gomulka: Er wurde "seiner Aufgaben entbunden".

Die Bewegung der polnischen Arbeiter ist der Anfang einer politischen Revolution, an deren Ende nur der vollständige Sturz der schmarotzerischen Bürokratie und die Errichtung einer echten sozialistischen Demokratie stehen kann. Anders als 1956 und 1970 lassen sich die Arbeiter jetzt nicht mehr mit einem Etikettenschwindel abspeisen. Sie verlassen sich viel mehr auf ihre eigene, disziplinierte Kraft, und die Forderungen des Danziger Streik-



STREIKFÜHRER LECH WALESA

komitees tragen bereits deutliche Züge des Programms der politischen Revolution. Nicht zufällig stand und steht jetzt zunächst die Gewerkschaftsfrage im Vordergrund. In den ersten Jahren nach der Russischen Revolution, als die Sowjetunion noch ein relativ gesunder Arbeiterstaat war, wies schon Lenin auf die Notwendigkeit unabhängiger Gewerkschaften hin, über die sich die Arbeiter gegen Fehler, Übergriffe und bürokratische Auswüchse ihres eigenen Staates verteidigen könnten.

Doppelherrschaft

Im heutigen Polen besteht im Ansatz eine Art von Doppelherrschaft: Auf der einen Seite gibt es jetzt Millionen von Übertritten aus den alten Staatsgewerkschaften in den neuen, unabhängigen Gewerkschaftsbund und läuft schon seit Jahren (speziell seit 1976) in vielen Betrieben ohne die Zustimmung der spontan gebildeten Ar-

EINDRUCKSVOLLE ERRUNGENSCHAFTEN, ABER:

PLANWIRTSCHAFT OHNE DEMOKRATIE WIE LEBEN OHNE SAUERSTOFF

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist in Polen das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft und durch eine zentral geplante und gelenkte Wirtschaft auf der Grundlage des Staatseigentums ersetzt worden. Auf dieser Grundlage konnte das Land trotz aller verheerenden Kriegsfolgen und der sowjetischen Demontage beachtliche wirtschaftliche Fortschritte erzielen und sich zu einem der 10 wichtigsten Industrieländer der Erde emporzuschwingen. Hier einige Beispiele:

*ELEKTRIZITÄTSPRODUKTION:	
1950:	9,4 Mrd. Kilowatt-Stunden
1960:	29,3 Mrd. Kilowatt-Stunden
1970:	64,5 Mrd. Kilowatt-Stunden
1978:	116,0 Mrd. Kilowatt-Stunden
*ROHSTAHLPRODUKTION:	
1950:	2,5 Millionen Tonnen
1960:	6,7 Millionen Tonnen
1970:	11,8 Millionen Tonnen
1978:	19,3 Millionen Tonnen
*STEINKOHLEFÖRDERUNG:	
1950:	78 Millionen Tonnen
1960:	104 Millionen Tonnen
1970:	140 Millionen Tonnen
1978:	193 Millionen Tonnen
*STICKSTOFFDÜNGERPRODUKTION:	
1950:	77.800 Tonnen
1960:	270.000 Tonnen
1970:	1.030.000 Tonnen
1978:	1.470.000 Tonnen
*LKW-PRODUKTION:	
1950:	800 Stück
1960:	19.500 Stück
1970:	41.400 Stück
1978:	55.300 Stück

Initiative wird abgewürgt

Eine zentral organisierte Planwirtschaft jedoch ist nur eine wesentliche Bedingung für den Übergang zum Sozialismus. Die politischen Voraussetzungen hierfür haben in Polen noch nie bestanden. Nach dem Zusammenbruch

des deutschen Nazi-Regimes kontrollierte die siegreiche Rote Armee die Umwandlung der Produktionsverhältnisse, und so entstand ein Staatsgebilde nach dem Muster der stalinistischen Sowjetunion. Nicht die demokratisch organisierte Arbeiterklasse, sondern eine Schicht abgehobener privilegierter Bürokraten kontrollierte nun den Staatsapparat mitsamt seiner Armee, Polizei und Justiz. Mit den Mitteln einer totalitären Diktatur, die keine Opposition, keinen Widerstand duldet und jeden Ansatz zu selbständiger Initiative und kritischem Denken erstickt, läßt sich jedoch keine hochentwickelte Planwirtschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung auf gesunde Weise weiterentwickeln. Es kommt zwangsläufig zu Fehlplanungen, Bestechung, Vetternwirtschaft, Vergeudungen, Verschwendungen und Amtsmißbräuchen. Die wiederholten verzweifelten Appelle der Bürokratie an die Arbeiter, ihre Forderungen nach Erhöhung und Verbesserung von Arbeitsdisziplin, Produktivität und Qualität der Waren sind ein Eingeständnis dafür, daß ihr Herrschaftssystem seine anfängliche noch relativ fortschrittliche Rolle ausgespielt hat.

Heute kann Polens Wirtschaft nicht einmal die Wachstumsraten mancher westlicher Industrieländer erreichen:

1977:	+5,0%
1978:	+2,8%
1979:	-2,0%

Der wirtschaftliche Aufschwung Anfang der 70er Jahre (mit Wachstumsraten um 10% jährlich) wurde mit westlichen Krediten zum massiven Einkauf westlicher Technologie ermöglicht. Mit knapp 20 Milliarden Dollar (36 Mrd. DM) ist Polen daher heute das am höchsten verschuldete Ostblockland.

Doch selbst viele dieser Käufe erweiterten den Katalog bürokratischer Mißwirtschaft: 1979 - so berichtete kürzlich der polnische Generalstaatsanwalt - sind wegen überleitener und unnötiger Käufe in 29 Unternehmen Maschinen im Wert von 4 Milliarden Zloty (250 Millionen DM) ungenutzt geblieben.

Rückständige Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist einer der schwächsten Punkte der polnischen Wirtschaft geblieben. Während zwischen 1950 und 1978 die Zahl der Industriearbeiter von 2,1 Millionen auf 4,8 Millionen angestiegen ist, ist die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten mit heute 5,4 Millionen fast unverändert geblieben. 70% des Ackerlandes sind in Privatbesitz, der Ertrag ist aufgrund der Überalterung der Landwirte und der mangelhaften Mechanisierung mäßig. Der Pferdebestand Polens hat zwischen 1950 und 1978 von 2,8 Millionen auf 1,9 Millionen nur mäßig abgenommen. (Zum Vergleich: In der BRD waren es schon 1954 nur noch 1,17 Millionen Pferde).

Vom Weltmarkt abhängig

Zur Finanzierung der Importe und zur Abzahlung der westlichen Kredite ist Polen gezwungen, einen Teil seiner landwirtschaftlichen Produkte in den Westen auszuführen. Das polnische Rindfleisch, das den Arbeitern dort fehlt, ist bei uns in Supermärkten zu Schleuderpreisen zu haben. Gleichzeitig dämpfte die kapitalistische Wirtschaftskrise im Westen den Export von Industriegütern aus Polen.

Aus all diesen Tatsachen müssen drei zentrale Schlußfolgerungen gezogen werden:

- * Das bürokratische System kann kein einziges der polnischen Wirtschaftsprobleme lösen. Eine Planwirtschaft braucht die Demokratie wie ein Körper den Sauerstoff.
- * Der Sozialismus kann nicht isoliert in einem Land aufgebaut werden. Erst auf Weltebene wird sich die Überlegenheit einer Planwirtschaft richtig erweisen können.
- * Nur eine politische Revolution, die die Bürokratie stürzt und die Verwaltung und Kontrolle der Industrie und des Staates in die Hände der Arbeiterklasse legt, kann die polnische Wirtschaftskrise lösen und den Weg zu einer wirklich sozialistischen Gesellschaft eröffnen.

POLEN

beiterkomitees nichts mehr. Andererseits ist jedoch der Staatsapparat mit seinen Unterdrückungsorganen noch fest in den Händen der Bürokratie, und dies wurde auch in den Abkommen und den Erklärungen der Streikführer festgehalten.

Was aber soll eine bürokratische Elite tun, wenn ihr verlängerter Arm in den Betrieben abstirbt? Soll sie sich dies mit verschränkten Armen seelenruhig ansehen? Wohl kaum! In den vielen staatlichen Behinderungen beim Aufbau der neuen Gewerkschaften liegt schon der Keim für die nächste große Welle der Auseinandersetzungen, die schon in wenigen Monaten ausbrechen kann. Dann werden die Forderungen über die jetzigen hinaus noch "politischer" und offensichtlich ans Mark der "bürokratischen Herrschaft selbst gehen.

Gespaltene Bürokratie

Die polnische Bürokratie bietet das Bild jeder herrschenden Schicht oder Klasse, deren Tage gezählt sind. Über das gemeinsame Ziel ihrer Selbsterhaltung sind sich die Bürokraten einig. Zerstritten jedoch sind sie sich über die Mittel und Wege. Die einen wollen dem Druck der Arbeiter möglichst nachgeben (was jedoch das Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen der Arbeiter ansteigen und ihren Appetit auf mehr Errungenschaften und Rechte wachsen läßt), die andern, oftmals die führenden Provinzbürokraten, wollen weiterhin den altstalinistischen Kurs der sturen Unterdrückung fahren (obwohl sie dadurch über kurz oder lang noch mehr Widerstand und eine Explosion provozieren würden). Die aktuellen zahlreichen Umbesetzungen bei führenden Ämtern in Partei, Staat und Wirtschaft widerspiegeln die enorme Unsicherheit und Angst der Bürokratie. Auf unterster Parteiebene machen sich schon Auf-

lösungserscheinungen breit: "Einfache" Mitglieder haben entweder selbst mitgestreikt oder verhalten sich mindestens passiv bis solidarisch gegenüber den Forderungen der streikenden Arbeiter.

Kein Zurück zum Kapitalismus

Die von der Bürokratie immer wieder zur Rechtfertigung ihrer Existenz beschworene Gefahr einer Rückkehr zum Kapitalismus ist absolut nicht gegeben. Die Streikenden haben zu keinem Zeitpunkt auch nur im Schlaf daran gedacht, ihre Betriebe wieder in die

Verbesserungen zu kämpfen.

Kirche und Nationalismus

Die Eigenarten in der polnischen Geschichte und speziell die Erfahrungen unter einer totalitären, vom östlichen Nachbarn gestützten Diktatur haben dazu geführt, daß nach wie vor zwei Grundstimmungen in weiten Teilen der Bevölkerung vorherrschen: Eine tiefe katholische Gläubigkeit und ein starker antirussischer Nationalismus.

Wie in anderen Diktaturen (Lateinamerika, Iran), so war auch in Polen die

kratie davon abgehalten, mit einem Truppeneinmarsch wie nach Ungarn 1956 und in die CSSR 1968 Ansätze zur Arbeiterdemokratie zu zerschlagen. Gerade jetzt muß sie sich darüber im klaren sein, daß eine solche Lösung mit unalkalulierenden Risiken verbunden wäre: Die Arbeiter würden sich bis zum letzten wehren und die einfachen Soldaten der Armee auf ihre Seite ziehen.

Die Kreml-Herrscher müßten sich vor ihrer eigenen Arbeiterklasse rechtfertigen, was angesichts der Versorgungsschwierigkeiten, der jüngsten Streiks der Busfahrer und Automobilarbeiter und der Probleme mit Afghanistan die Unzufriedenheit der sowjetischen Arbeiter weiter anheizen würde.

Unruhe im ganzen Ostblock

Das heutige Polen ist ein Spiegelbild der Zukunft aller osteuropäischen Länder. Anders als 1956 und 1970 kann sich jetzt die Bürokratie nicht mehr mit neuen Gesichtern und Versprechungen über die Runden stellen. Eine neue, unbelastete Generation von Arbeitern rückt nach und hat schon jetzt in vielen Streiks die Führung übernommen. Und zum erstenmal sind in den letzten Jahren gleichzeitig aus allen osteuropäischen Ländern Meldungen über Streiks, Unmutsäußerungen und oppositionelle Bewegungen unter Arbeitern, Intellektuellen und Jugendlichen gekommen.

Politische Revolution

Die 80er Jahre werden für Polen wie für den ganzen stalinistischen Block zum Jahrzehnt der politischen Revolution werden. Der Sturz der Bürokratie und die Errichtung einer echten Arbeiterdemokratie in Polen würde den Sturz nicht nur der anderen stalinistischen Diktaturen beschleunigen. Dies würde auch Millionen von Arbeitern im Westen zeigen, daß es möglich ist, eine sozialistische Demokratie aufzubauen. Die politische Revolution in Europa wird wieder an den Forderungen Lenins von 1917 und den Zielen der ungarischen Arbeiter von 1956 anknüpfen:

* "Beseitigung des stehenden Heeres, vollkommene Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Amtspersonen."

* "An Stelle besonderer Institutionen einer bevorzugten Minderheit (privilegiertes Beamtentum, Offizierskorps des stehenden Heeres) kann das die Mehrheit selbst unmittelbar besorgen."

* "Die Beseitigung der Repräsentationsgelder aller Art, aller finanziellen Privilegien der Beamten, die Reduzierung der Gehälter aller Amtspersonen im Staat auf das Niveau des 'Arbeiterlohnes'".

(Alles Originalzitate aus: LENIN, Staat und Revolution, 1917)

Aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen mit dem Stalinismus müssen wir heute eine weitere Voraussetzung für eine sozialistische Demokratie nennen:

* Auf dem Boden des Arbeiterstaates muß für alle Parteien, die nicht mit gewaltsamen und terroristischen Mitteln die bestehende Ordnung umstürzen wollen, vollständige Freiheit bestehen. Außerdem muß in jeder Partei, die den Namen kommunistisch oder sozialistisch verdient, umfassende innerparteiliche Demokratie herrschen, einschließlich der Tendenzfreiheit für verschiedene politische Strömungen und des Rechts auf Fraktionsbildung.

von Hans-Gerd Öfinger, SPD-Mitglied, Remscheid



ARBEITER DER LENIN-WERFT WÄHREND DES STREIKS IM AUGUST

Hände privater Kapitalisten, von Banken oder Aktiengesellschaften zu geben. Sie wissen, daß sich ihr Kampf nicht gegen einen Sozialismus richtet, wie ihn sich Marx und Lenin vorgestellt haben, sondern gegen bürokratische Verzerrungen und Entartungen, die von den Herrschenden in Ost und West fälschlicherweise als "Sozialismus" verkauft werden.

Die Arbeiterklasse ist die entscheidende gesellschaftliche Kraft im Lande. Andere gesellschaftliche Schichten (wie Studenten, Bauern, Intellektuelle und Künstler) haben deren Kampf weitgehend unterstützt und fühlen sich jetzt ermuntert, auch in ihrem Bereich für unabhängige Organisationen und soziale

Kirche bisher der einzige Zufluchtsort für die Bevölkerung, der von staatlichen Eingriffen weitgehend frei war. Die unverhohlenen Appelle des Kardinals Wiszinsky an die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit haben jedoch einen Prozeß eingeleitet, in dessen Verlauf immer mehr Arbeiter erkennen werden, daß sich die Kirchenführer am ehesten mit den Herrschenden arrangieren und deshalb die Forderungen und Kämpfe der Arbeiter bremsen werden.

Sowjetarmee

Der starke polnische Nationalismus hat schon bisher die sowjetische Büro-

Bürokratische Herrschaft oder Arbeiterdemokratie

Eine VORAN-Broschüre zur Entwicklung der Sowjetunion seit der Russischen Revolution von 1917. Sie erklärt, wie es zur stalinistischen Diktatur kommen konnte. Sie liefert Informationen, Tatsachen Argumente und hilft uns, gerade die aktuellen Ereignisse in Polen besser zu verstehen.

PREIS incl. Porto: DM 1,50. (in Briefmarken beilegen)

Anzufordern bei: Redaktion VORAN, Hammesberger Str. 75, 5630 Remscheid

SOLIDARITÄT WIRD BITTER BENÖTIGT:

KRIEGSRECHT IN SRI LANKA GEWERKSCHAFTSKASSEN BESCHLAGNAHMT, FÜHRER EINGEKERKERT!

Vorbemerkung der Redaktion VORAN: Die oppositionellen Gewerkschaften in Sri Lanka brauchen unsere Hilfe! Wie in folgendem Rundschreiben deutlich wird, das uns erreichte, geht es um Leben und Tod. Gegen die Verhaftung der Gewerkschaftsführer läuft eine internationale Protestkampagne. In Großbritannien hat eine ganze Reihe von Gewerkschafts- und Labour Party-Gliederungen protestiert. Der TUC schickte ein Telegramm, in dem er seiner "ernsten Sorge" Ausdruck gibt und die "sofortige Freilassung" fordert. Der schwedische Gewerkschaftsdachverband LO hat in seiner Zeitung 'LO Tidningen' einen Artikel veröffentlicht, der zur Solidarität mit den Arbeitern Sri Lankas auffordert. Der Bundesvorsitzende der 'SJD - Die Falken' schickte ebenfalls ein Telex, das die Wiedereinstellung der Entlassenen und die Freilassung der Verhafteten fordert. Die Solidaritätsaktionen müssen weitergehen. Wer nähere Informationen wünscht, kann sich an den deutschen Beauftragten der United Federation of Labour (UFL, unabhängiger sozialistischer Gewerkschaftsbund in Sri Lanka) wenden: Kurt Pfeifle (c/o Fellner), Kippdorfstr. 57, 5630 Remscheid.

AN ALLE FUNKTIONÄRE, GLIEDERUNGEN UND AKTIVISTEN IN DER DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTS- UND ARBEITERBEWEGUNG

Liebe Kollegen,

Vielleicht seid Ihr schon telefonisch von uns kontaktiert worden, um Euer Interesse auf die Vorgänge in Sri Lanka zu lenken. Vor kurzem fand dort ein Generalstreik statt. Er war von dem Joint Trade Union Action Committee (JTUAC) ausgerufen worden. In dem JTUAC sind alle Einzelgewerkschaften und Gewerkschaftsdachverbände Sri Lankas (u. a. auch die UFL) zusammengeschlossen, die nicht von der Regierung kontrolliert sind. Als Antwort auf den Streik hat die von der United National Party (UNP) gestellte Regierung das Kriegsrecht verhängt. Hier sind einige zusätzliche Fakten.

1. Die UNP-Regierung wurde 1977 gewählt. Seither hat sie eine Reihe von Konterreformen durchgeführt. Z. B. wurden die freie Reisation und die Lebensmittelsubventionen ersatzlos gestrichen. Dies bedeutet eine drastische Verschlechterung der ohnehin bereits elenden Lebensverhältnisse der Arbeiter und Bauern Sri Lankas. Insgesamt wurde der Lebensstandard in den letzten 3 Jahren um mehr als 50%

gesenkt. Besonders hart betroffen sind die Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

2. Letztes Jahr wurden eine Reihe von antigewerkschaftlichen Gesetzen eingeführt. Diese sprachen allen Beschäftigten des öffentlichen Sektors das Streikrecht ab. Das gleiche gilt für alle Branchen des privaten Sektors, die nach Regierungsauffassung "lebenswichtig" sind.

3. Am 5. Juni führte das JTUAC einen Tag des Protestes gegen die Regierungspolitik durch. An diesem Tag griff eine bewaffnete Bande von UNP-Anhängern eine Streikpostenkette der Government Clerical Services Union (GCSU) an. Ergebnis: 30 Verletzte, 1 Toter. Ein halbtägiger Generalstreik fand am 9. Juni, dem Tag der Beerdigung statt.

4. Weil sie die Arbeitsniederlegung am 9. Juni mitorganisierten, wurden 12 Gewerkschafter von den Ratmalana Railway Workshops (Eisenbahn-Reparaturbetriebe) entlassen. Daraufhin streikten ihre 7.000 Kollegen, um ihre Wiedereinstellung durchzusetzen.

5. Auf der Grundlage einer großen Welle spontaner Streiks rief der JTUAC am 21. Juli einen unbegrenzten Generalstreik aus.

6. Am 16. Juli verhängte die Regierung das Kriegsrecht.

7. Die Streitkräfte und freiwillige Truppen sind mobilisiert worden, um den Streik zu brechen.

8. Streiks sind für "illegal" erklärt worden.

9. Das Recht auf Versammlungsfreiheit ist außer Kraft gesetzt worden. Gewerkschaftliche Demonstrationen sind verboten. Hingegen wurden öffentliche Anti-Streik-Kundgebungen der UNP erlaubt.

10. Am 19. Juli wurde die Pressezensur eingeführt.

11. Am 21. Juli wurden die Kassen aller Gewerkschaften, die dem JTUAC angeschlossen sind, von der Regierung beschlagnahmt.

12. Die Regierung hat alle Beschäftigten des öffentlichen Sektors, die im Streik sind, für entlassen erklärt und stellt an ihrer Stelle Streikbrecher ein.

13. Am 8. August fanden in den 4 größten Städten des Landes friedliche gewerkschaftliche Sitzdemonstrationen statt. Die Polizei ging mit aller Brutalität dagegen vor, verletzte einige Teilnehmer schwer und verhaftete mehrere hundert. Unter den 32 verhafteten Gewerkschaftsführern sind auch Dr. Vickremabahu Karunaratne, Generalsekretär der Nava Sama Samaja Party (NSSP) und Vasudeva Nanayakkara, Präsident der UFL.

14. Am gleichen Tag wurden die Büros der dem JTUAC angeschlossenen Gewerkschaften vom Militär besetzt und versiegelt. Diese Maßnahme wurde erst wieder mit der formellen Beendigung des Notstandes am 16. 08., 00 Uhr morgens aufgehoben. Die verhafteten Führer bleiben jedoch weiter inhaftiert, 100.000 - 140.000 Streikende bleiben entlassen und ausgesperrt.

Diese Vorgänge lassen vermuten, daß

die reaktionäre UNP-Regierung versucht, die Gewerkschaftsbewegung in Sri Lanka vollständig zu zerschlagen. Eine neue Verfassung ist bereits eingeführt worden, welche die Konzentration der gesamten politischen Macht in den Händen eines einzigen Mannes erlaubt - in denen von J.R. Jayawardena. Bisher ist dies nur durch die Stärke der Gewerkschaftsbewegung von Sri Lanka verhindert worden, die eine lange demokratische Tradition besitzt. Aber wenn diese Stärke gebrochen ist, dann wird das einzige Hindernis auf dem Weg zur Diktatur aus dem Weg geräumt sein.

Wir rufen deshalb die deutsche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung auf, aktive Solidarität mit den bedrohten Kollegen in Sri Lanka zu üben. Folgende Möglichkeiten bestehen:

1. Auf dem schnellstmöglichen Weg ein Protesttelegramm (notfalls auch -brief) schicken an: Mr. President J.R. Jayawardena, President's Office, Queen Street, Colombo 1, Sri Lanka

RESOLUTION

Folgende Resolution wurde am 14.08.80 von der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Altstadt-Nord in Köln einstimmig (bei 1 Enthaltung) angenommen (außerdem wurden 70,- DM für die Gewerkschaften in Sri Lanka gesammelt):

RESOLUTION an Mr. President J.R. Jayawardena, President's Office, Queen Street, COLOMBO 1, Sri Lanka

Der Ortsverein der SPD in Köln, Bundesrepublik Deutschland, bekundet hiermit seine Solidarität mit den streikenden Arbeitern in Sri Lanka und verurteilt aufs Schärfste die Eingriffe Ihrer Regierung in ihren Arbeitskampf. Tausende Arbeiter streiken für die Durchsetzung einer Lohnerhöhung von 40%, um den

2. Solidaritätsadressen an: JTUAC, c/o United Federation of Labour, 17 Barrack Lane, Colombo 2, Sri Lanka

3. Geld! Geld!!! Spenden können viel helfen. Mit 30,- DM kann die Familie eines verhafteten Gewerkschafters einen Monat lang über Wasser gehalten werden. Spenden und Schecks sollten geschickt werden an: Wesley Muthiah, 19 Hawthorn Avenue, London N13, Großbritannien.

Bitte informiert uns über alle Schritte, die Ihr ergreift. Sendet uns Kopien Eurer Solidaritätsadressen und Eurer Protestschreiben.

Vielen Dank für Eure Hilfe mit kollegialen Grüßen

Kurt Pfeifle (im Auftrag der UFL)

Lebensstandard ihrer Familien zu verteidigen und zu verhindern, daß sie hungern! Wir Sozialdemokraten und Gewerkschafter erinnern Sie daran, daß es ein demokratisches Grundrecht ist, zu streiken, öffentliche Versammlungen abzuhalten und die Meinung in Wort und Schrift frei zu äußern. Wir fordern Sie deshalb auf, alle Maßnahmen, die diese Rechte einschränken, sofort aufzuheben. Wir erinnern Sie auch daran, daß das Recht auf Arbeit ein Grundrecht jeder demokratischen Gesellschaft ist und fordern Sie deshalb auf, die 100.000 von Ihnen entlassenen Arbeiter unverzüglich und ohne Lohnverlust wieder einzustellen. Außerdem verlangen wir, daß Sie alle verhafteten Streikenden und Streikführer sofort aus dem Gefängnis freilassen und Ihre Truppen aus den Arbeitskämpfen und den Gewerkschaftsbüros zurückziehen. (14. 08. 1980)

INTERNATIONALE AUTOMOBILKRISE

Vor 50 Jahren hatte vielleicht der Chef, der Arzt und der Reiche eins, aber Du und ich - wir hatten keins und auch nicht die Hoffnung, eins zu besitzen: ein Auto.

Die Autoindustrie, die erste Branche, die Massenproduktion in einem riesigen Ausmaß einsetzte, stellt sie den letzten 50 Jahren so viele Wagen her, daß jetzt jede zweieinhalb Person in der BRD einen hat. Dies konnte sie erreichen, indem sie den Preis ihrer Produkte drastisch senkte. Neue Techniken wurden verwendet, neue Materialien hergestellt und schnellere Maschinen für die Produktion entwickelt.

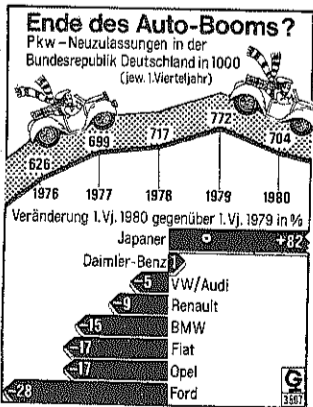
Die Autoindustrie folgte dem klassischen Kurs des Kapitalismus auf der Suche nach Profit. Sie stellte die Produkte schneller her, senkte die Kosten durch massive Investitionen und schaffte sich dadurch einen erweiterten Absatzmarkt, weil sie den Preis immer weiter reduzierte im Verhältnis zu den Löhnen der Arbeiterklasse. Das bedeutet, daß es nur eine geringfügige Senkung des Lebensstandards der Masse der arbeitenden Autokäufer bedarf, um die Spitzen der Autoindustrie in Panik und Verwirrung zu versetzen. Die Alternativen, die sich den Unternehmern anbieten, sind nicht sehr zahlreich. Wenn sie sich die bevorstehende kapitalistische Krise anschauen, die in erster Linie weniger Geld in den Taschen der Arbeiter bedeutet und somit ein Schrumpfen des Marktes zur Folge hat (immerhin wurden 1979 300.000 Fahrzeuge weniger als im Vorjahr in der BRD geliefert), dann fliegen alle Hoffnungen der Autobosse zum Fenster raus.

Katastrophale Lage

Die Situation im Ausland widerspiegelt die Krise, die hier stattfinden wird. In den USA fiel schon das erste Opfer, die Chrysler Corporation, der drittgrößte Automobilkonzern der Vereinigten Staaten. Unfähig, im Bereich des Benzinverbrauchs und der Qualität mit dem Wettbewerb Schritt zu halten, mußte er sich an die Regierung wenden, die Bürgschaften in Höhe von anderthalb Milliarden Dollar gewährt hat - nicht nur, um 130.000 Arbeitsplätze zu retten, sondern - was dem Kapitalismus viel wichtiger ist - weil der Konzern den internationalen Banken 4,4 Mrd. Dollar schuldet.

In Großbritannien liegt die Automobilindustrie vollkommen am Boden, weil die Geschäftsleitung sich geweigert hat, Investitionen in die Industrie zurückzuführen. Dies hatte zur Folge, daß der einheimische Markt durch ausländische Autos überflutet wurde, die billiger und von besserer Qualität waren. 30 % aller in Großbritannien verkauften Wagen werden importiert. British Leyland (staatlicher Autokonzern) versucht jetzt die einzige übriggebliebene Möglichkeit: teilweise Zerstörung der Produktion, Investitionen kappen, und Schließung von Betrieben, die (in ihrem Sinne) nicht "rentabel" sind, um sich auf nur wenige Betriebe zu konzentrieren. Die Folgen sind für die Arbeiter katastrophal: ca. 25.000 Arbeitsplätze werden verschwinden. Chrysler U.K. bekommt massive Unterstützung von der Regierung, während Ford Entlassungen plant und von sinkenden Verkaufszahlen berichtet. In Italien plant der Automobilriese Fiat, 283.000 Arbeitern zu kündigen. Alfa-Romeo sieht sich gezwungen, eine Arbeitsgemeinschaft mit den Japanern zu bilden, um ein rentables Auto produzieren zu können.

Wird die Krise von kurzer Dauer sein? - Für die Antwort schauen wir uns die Branchenstatistiken dieses Industriezweiges an (siehe Grafik):

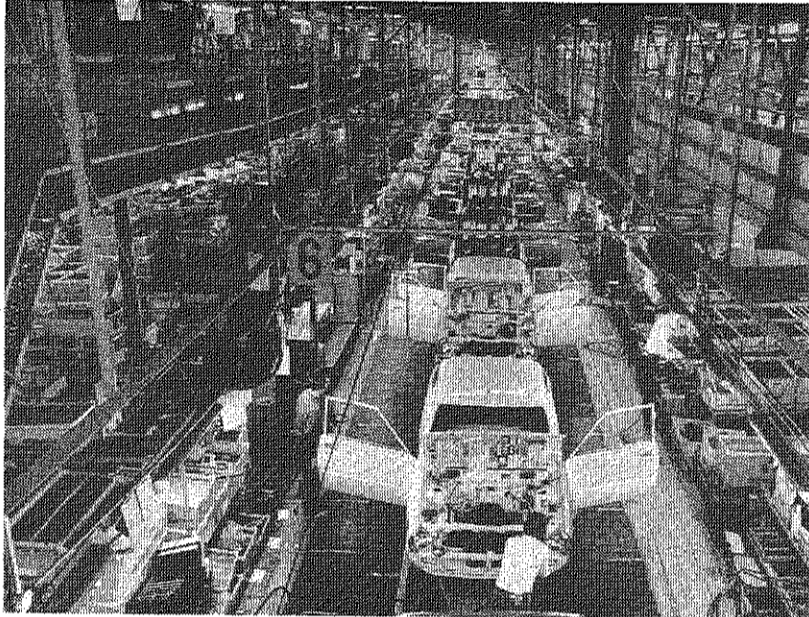


Rückgang auch in der BRD

Die Zahlen für die Bundesrepublik widerspiegeln auch die allgemeine Situation auf der Welt. Wenn wir uns die Graphik ansehen, können wir sehen, daß die Zahl der gelieferten Neuwagen seinen Höhepunkt in der BRD (später als auf der restlichen Welt) bereits erreicht hat. Für dieses Jahr wird eine Abnahme von 10% vorausgesagt - obwohl einige Firmen Schlimmeres erwarten. Letztes Jahr lieferte Ford bzw. Opel 16% bzw. 8% weniger Autos als 1978. Beide rechnen mit ähnlichen Zahlen für das laufende Jahr, wenn nicht schlechteren. Wenn das schon erschütternd aussieht, ist die Lage anderswo viel schlimmer. In den USA beträgt der

Rückgang an gelieferten Fahrzeugen aller Art 25%, d.h. 2,1 Millionen.

Auf der ganzen Welt wird damit gerechnet, daß 1980 nur 23 Mio. Fahrzeuge hergestellt werden, statt 30 Mio. 1979. Der Höhepunkt ist mit Sicherheit erreicht worden, aber der Grund ist nicht einfach den Ölpreiserhöhungen zuzuschreiben. Die Bosse in der Automobilindustrie versuchen, die Schuld in die Schuhe der Ölscheichs zu schieben.



DIE EUROPÄISCHEN AUTOMOBILKONZERNE FÜRCHTEN JAPANISCHE KONKURRENZ

Aber diese Ausrede kann nicht ernst genommen werden als Erklärung für die Probleme im Auto-Bereich. Seit 1973, dem Jahr der großen Preiserhöhung, stieg die jährliche Autoproduktion in der BRD um 1,2 Millionen. Sie stieg in einer Periode an, in der der Lebensstandard der Arbeiterklasse entweder gleichblieb oder sogar zunahm. Jetzt aber reichen die Löhne nicht mehr aus, so oft ein teurer gewordenen Auto zu kaufen.

Schrumpfende Märkte

Was nutzen massive Investitionsprogramme für neue Maschinen und Techniken, wenn es keinen Markt gibt, auf dem die Produkte verkauft werden können? Das größte Problem mit den Zinsen ist, daß sie zurückgezahlt werden müssen und das mit Gewinn; aber jede Maschine, die neuer, besser und schneller ist, muß auch komplizierter sein und kostet mehr, abgesehen von den Arbeitskosten. Deshalb muß sie schneller produzieren, um die Investition und den Profit wiedergutzumachen: die Frage stellt sich, ist das möglich mit einem schrumpfenden Markt? Die Lebensader des Kapitalismus ist ein wachsender Markt und damit wachsende Profite.

Großbritannien ist das beste Beispiel für Mangel an Investitionen in der Automobilindustrie. Über einen längeren Zeitraum hinweg (2 bis 3 Jahrzehnte), wo kein Geld in die Industrie wieder eingesteckt wurde, stieg der Preis der in Großbritannien hergestellten Wagen im Vergleich zum ausländischen Wettbewerb an, somit fielen die Profite, was wiederum zu noch weniger Investitionen führte. Die ausländischen Autohersteller haben bereits ein Drittel des einheimischen Marktes erobert, die meisten sind japanische Firmen.

Angst vor den Japanern

Sehen wir uns die Japaner einmal an. Nicht nur in die Auto-Industrie, sondern in jede andere Branche haben sie Geld zurückgeführt. Jetzt zittern und jammern die Spitzen der Automobilindustrie in den Chefetagen aller Länder, wenn der bloße Name Honda, Mazda usw. erwähnt wird! Zusammen mit ihrer Presse schreiben sie lauthals: "Unfairer Wettbewerb!", "Wirtschafts-imperialismus!" usw. "Einfuhrbeschränkungen!" verlangen die Bosse von VW oder Ford, während sie gleichzeitig Betriebe in den USA gründen, um von dort aus an Großbritannien zu verkaufen. Besonders der Verkauf kleinerer Fahrzeuge aus Europa in den USA hat den US-Automobilherstellern auf dem einheimischen Markt ziemlichen Schaden angerichtet.

Was ist eigentlich "unfair" daran? Wir alle kennen die Ideologie des "freien Marktes" - d.h. wer am schnellsten und am billigsten produziert, der ist

Sieger. Jeder denkende Arbeiter sollte diese heuchlerischen Forderungen nach Einfuhrbeschränkungen ablehnen. Was bedeuten sie? - Nichts anderes, als daß wir, die Arbeiter, mehr für unsere Fahrzeuge und für die notwendigen Ersatzteile bezahlen müßten, was nur zu einer Senkung unseres Lebensstandards führen würde - nur damit unsere "eigenen" Kapitalisten uns unsere Autos verkaufen dürfen!

blem des gesättigten Marktes zu sehen. Man kann keine Fahrzeuge an die 3. Welt verkaufen und deshalb beschränkt sich der Absatzmarkt auf Europa und Amerika. Die gegenwärtigen Produktionskapazitäten reichen bei weitem, um auch in der Zukunft den Markt zu sättigen. Über die Lösung dieses Problems zu ihren Gunsten zerbrechen sich die gutbezahlten Automanager schon längst den Kopf. Nur die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften scheinen den Ernst der Lage noch nicht begriffen zu haben. Und s i e ist es in erster Linie, die unter der kommenden Krise zu leiden hat.

Viele Zulieferer

In einer Industrie, die viele Arbeiter beschäftigt, kann sich das Schrumpfen des Marktes katastrophal auswirken - bei einem 10%igen Rückgang der Verkaufszahlen in der BRD ist ausgedehnte Kurzarbeit schon längst zum Dauerzustand bei Ford und Audi geworden, während Opel einen Abbau von 5.700 Arbeitsplätzen bereits weitgehend durchgeführt hat.

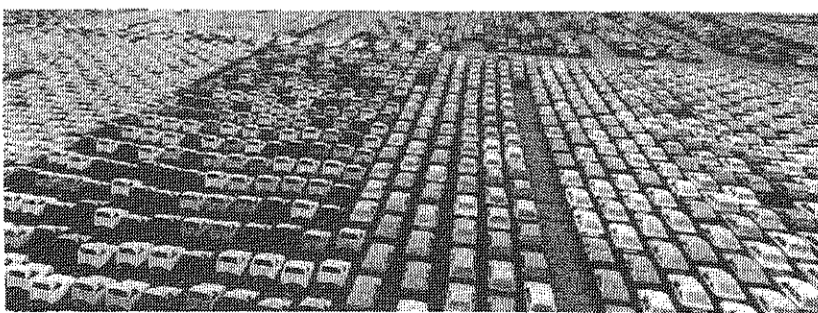
In der Automobilindustrie haben nicht nur die unmittelbar in den Autobetrieben beschäftigten Arbeiter unter der Krise zu leiden, sondern auch Tausende von Arbeitern in Zuliefererfirmen. Wie wir aus eigener Erfahrung wissen, erleben alle Branchen des kapitalistischen Wirtschaftssystems eine Krise und es gibt nirgends eine andere Arbeit.

Es ist klar, daß die kapitalistische Produktionsweise eine gewisse Periode lang auch den Arbeitern nützt, indem sie diesen Arbeit und damit einen gewissen Lebensstandard bietet. Doch irgendwann produziert die Industrie nur zum Schaden der Arbeiterklasse. Dies wird gerade heute in der Automobilindustrie deutlich.

Der einzige Ausweg für die Auto-Industrie wäre ein riesiges Investitionsprogramm, um völlig neue Ideen und Produktionstechniken zu entwickeln. Aber das würde einen Fall der Profite zur Folge haben - etwas, das sich das kapitalistische System nicht leisten kann.

Es ist höchste Zeit, daß IG Metall und SPD den Kampf um die 35-Stunden-Woche aufnehmen. Nur so können sie verhindern, daß Tausende von Arbeitern arbeitslos werden. Wenn sie den Arbeitern die düsteren Zahlen der Zukunft und die daraus resultierenden Arbeitslosigkeit erklärten; wenn sie ihnen die Wahrheit offenlegten, wer die hohen Profite der Automobilindustrie bezahlt (z.B.: seit 1973 verkauft Ford jedes Jahr weniger Fahrzeuge - aber letztes Jahr erreichten die Profite einen nie dagewesenen Höhepunkt), dann könnte ein Kampf organisiert werden, der leicht gewonnen werden könnte.

Wenn es überhaupt eine Industriebranche gibt, die für einen sozialistischen Produktionsplan reif ist, ist es die Automobilindustrie. Überlegen wir uns einen Augenblick, wie unsere Auto-Gesellschaft wirklich aussieht. Tausende von Autos donnern durch die Innenstädte und richten dabei riesige Schäden an Gebäuden und Straßenbelägen an. Die Auswirkungen des Lärms und der Auspuffgase auf die städtischen Bevölkerung sind allgemein bekannt. In vielen Städten ist auch das öffentliche Verkehrssystem völlig zusammengebrochen, meistens, weil es gar nicht in der



DIE KAPAZITÄTEN SIND FÜR DEN KAPITALISTISCHEN MARKT ZU GROSS

Eines der Schreckensbilder der schwächeren Firmen ist der erwartete (sogenannte) "revolutionäre" Motor, dessen Benzinverbrauch wesentlich geringer ist als beim jetzigen Motor. Das würde bedeuten, daß kleinere Firmen zunehmend an die Wand gedrängt würden, während nur noch ein paar größere Konzerne den Markt beherrschen.

Im Zusammenhang mit anderen Problemen des Marktes ist auch das Pro-

blem des gesättigten Marktes zu sehen. Man kann keine Fahrzeuge an die 3. Welt verkaufen und deshalb beschränkt sich der Absatzmarkt auf Europa und Amerika. Die gegenwärtigen Produktionskapazitäten reichen bei weitem, um auch in der Zukunft den Markt zu sättigen. Über die Lösung dieses Problems zu ihren Gunsten zerbrechen sich die gutbezahlten Automanager schon längst den Kopf. Nur die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften scheinen den Ernst der Lage noch nicht begriffen zu haben. Und s i e ist es in erster Linie, die unter der kommenden Krise zu leiden hat.

Öl- und Automobilmultis geben den Ton an

Der Grund, weshalb es kein billiges und fähiges öffentliches Verkehrssystem

in der westlichen Welt gibt, liegt in der politischen sowie wirtschaftlichen Macht der Öl- und Automobilmultis. Viele dieser Konzerne haben einzeln mehr Macht als die Mehrheit der Mitgliedstaaten der UNO. In den USA sind die 7 größten Konzerne aus 5 Öl- und 2 Automobilgesellschaften zusammengesetzt. In der Nachkriegszeit war die Hauptorientierung in der Transportfrage schon immer zum Straßenverkehr, wo Tausende von Transportgesellschaften miteinander um die Gewinne konkurrieren - selbstverständlich tun die Ölgesellschaften das Gleiche, aber alles ohne die Spur eines logischen Plans, sondern alle auf das wichtigste Ziel im Kapitalismus ausgerichtet - Profit.



ITALIENISCHE FIAT-ARBEITER : KAMPF GEGEN ENTLASSUNGEN

Verschleiß

Chaos ist in einem auf Profit basierenden Wirtschaftssystem eingepflanzt. Deshalb ist der Kapitalismus auch nicht in der Lage, den technologischen Fortschritt und die Erfindungen im Maschinenbau-Bereich weiter zu entwickeln - zum Beispiel Schmierung durch neue Metallmischungen der Kunststoffe oder der elektrische Motor (keine Gewinne für Ölmultis!)

AFGHANISTAN eine Dokumentation



mit Beiträgen von Bahro Gremliza, Karmal, Sigrist u.a.

152 Seiten (32 Seiten Bilder auf Kunstdruck) 10,00 DM (+2,00 DM Versand) ISBN: 3-87237-024-3 Verlag H. Freistühler, Schwerte

Bestellungen an: Deutscher Freidenker-Verband NRW, Uellendahl Str. 81, 56 Wuppertal 1

Nehmen wir ein sehr einfaches Beispiel für die Unfähigkeit des Kapitalismus, die Techniken zu entwickeln. Schaut Euch ein paar alte Eisenbahnbrücken an - sie sind aus Guß aber wenig verrostet, obwohl sie schon über 100 Jahre stehen. Schaut Euch anschließend fast jedes Auto an, das älter als 3 Jahre ist! Das Rostproblem wurde bereits vor 200 Jahren gelöst... aber wenn ein Auto 100 Jahre statt 10 hält, bedeutet das nur ein Zehntel des Profits.

Der Kapitalismus ist weder in der Lage, Autos zu produzieren, die zuverlässig sind bzw. lang halten, noch kann er ein umfassendes, logisch aufgebautes, öffentliches Verkehrssystem auf dem Lande und in den Städten organisieren. Es ist deshalb klar, daß er der internationalen Arbeiterklasse nicht mehr nutzen kann.

Nur wenn Automobilindustrie, Banken und Versicherungsgesellschaften in staatlichen Besitz überführt sind, besteht die Möglichkeit, ein logisches Transportsystem in jedem Bereich aufzubauen. Natürlich müßte die Industrie unter der demokratischen Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung stehen. Durch zentrale Planung der Verkehrspolitik könnten wir alle Produktivkräfte der gesamten Industrie mit den Bedürfnissen der Bevölkerung vereinbaren. Es wäre möglich, Fahrzeuge und Lastwagen nach dem besten Design und mit dem vorteilhaftesten Motor bzw. Karosserie zu bauen, so, daß preiswerte Rohstoffe wie Öl und Metall wirtschaftlich eingesetzt würden. Ohne den geplanten Verschleiß der kapitalistischen Produktionsweise könnten wir die langweilige Fließbandarbeit abschaffen.

Stuart Garvie, Metallarbeiter und IG Metall-Mitglied, Köln

Ausbildungsplatz-Förderungsgesetz für die Katz'?

AUSBILDUNG UND ARBEIT FÜR ALLE!

Wirft man gegenwärtig einen Blick in die Zeitung, dann gewinnt man den Eindruck, daß das Angebot an Lehrstellen in diesem Jahr bei weitem die Nachfrage übersteigt. Was ist los? Sieht plötzlich die berufliche Zukunft für Schulabgänger und Jugendliche Arbeitssuchende doch noch rosiger aus, obwohl jede(r) von uns in unserem Bekanntenkreis mindestens eine(n) kennt, der (die) verzweifelt eine Lehrstelle sucht.

Die Erklärung ist einfach: viele Lehrstellensuchende sind vom Bundesbildungsministerium in dessen Berufsbildungsbericht gar nicht erfaßt. Kürzlich legte das Bundesinstitut für Berufsbildung (übrigens: eines der wissenschaftlichen Institute, die die Bildungsministerien mit Daten beliefern!) eine Untersuchung vor, die u.a. zeigte, daß 1978 der Unterschied zwischen der von der Regierung ermittelten Zahl von "ausbildungswilligen" (!) Jugendlichen und der tatsächlichen Ziffer mindestens 95.000 betrug! 1979 zählte die Regierung ca. 660.000 Jugendliche, die eine Lehrstelle suchten, während die wirkliche Zahl eher 732.000 gewesen sein dürfte: eine Differenz von 72.000! In diesem Jahr werden es ungefähr 63.000 Jugendliche sein, die in der offiziellen Statistik nicht erfaßt werden, die aber trotzdem bis Ende des Jahres sehr wahrscheinlich keine Lehrstelle haben werden.

Wir kennen die Gründe, warum sich arbeits- und lehrstellensuchende Jugendliche nicht beim Arbeitsamt melden: man wurde schon so oft von den Unternehmen zurückgewiesen; man bekommt nur Angebote, die dem beruflichen Wunsch überhaupt nicht entsprechen und wenn man sie ablehnt, wird man als "schwer vermittelbar" oder sogar "arbeitsunwillig" abgestempelt. Man versucht, auf eigene Faust einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Oft schrecken einen der ganze Bürokratismus und die öde, menschenunfreundliche Atmosphäre der Arbeitsämter ab, so daß man gar nicht erst hingehet. Oder man nimmt an Fortbildungskursen teil, bildet sich noch ein Jahr weiter aus, um nicht die Zeit völlig nutzlos abzusetzen.

Es gab auch einmal ein Ausbildungsplatzförderungsgesetz, um die Situation der jugendlichen Arbeitssuchenden zu verbessern... aber seit dessen Verabschiedung 1976 ist es kein einziges Mal angewandt worden! Dieses durchaus

lobenswerte Gesetz - von einer SPD-Regierung zur Welt gebracht - sah vor, aus den Kassen der Unternehmer einen Beitrag für die Ausbildung von arbeitslosen Jugendlichen zu erheben, falls das öffentliche Angebot an Lehrstellen die Nachfrage nicht um ein Achtel übersteigt. Man kann sich vorstellen, daß dies den Unternehmern gar nicht paßte. Deshalb kündigt die Unternehmerpresse fast täglich an, daß die statistisch erwiesene Nachfrage dem Angebot hinterherhinkt.

Trotzdem hören wir aber auch beinahe täglich von derselben Presse, daß nicht genug ausgebildete Fachkräfte vorhanden sind, um den Bedarf zu befriedigen! Selber Schuld, wenn die Unternehmer in den letzten Jahren immer weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt haben. Dies gilt insbesondere für die Großunternehmen, während in den Klein- und Handwerkerbetrieben die Zahl der Azubis sogar zugenommen hat (weil sie sehr nützlich sind als billige Arbeitskräfte und nach der Ausbildung wieder vor die Tür gesetzt werden können!)

Über eins müssen wir uns im klaren sein: daß die Unternehmer keine Rücksicht auf die Arbeiter nehmen, wenn die Diktatur des Profits es verlangt; daß solche Widersprüche für den Kapitalismus gar nichts Ungewöhnliches sind; und daß auf jeden Fall die Jugend und die anderen gesellschaftlichen Minderheiten als erste unter diesen Ungerechtigkeiten zu leiden haben, weil sie sich schlechter wehren können als ihre Kollegen, die in der Gewerkschaft organisiert sind.

Jede(r) Jugendliche hat das Recht auf eine Ausbildung, die dem eigenen beruflichen Wunsch entspricht. Wir müssen fordern, daß er oder sie für die Dauer der Ausbildung einen Lohn bekommt, der es ermöglicht, unabhängig vom Elternhaus zu leben (das bedeutet m.E. mindestens 800 DM netto monatlich); und daß er/sie auf jeden Fall in ein festes Arbeitsverhältnis am Ende der Ausbildung übernommen wird und zwar zum Mindestlohn von 1.400 DM ab 18 Jahren!

Solche jugendorientierten Forderungen können aber nicht ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der älteren Kollegen gestellt werden. Damit die nötigen Arbeitsplätze frei werden, sollte die Altersgrenze auf mindestens 16

Jahre herabgesetzt und die 35-Stunden-Woche für alle Wirtschaftszweige eingeführt werden - beides bei Fortzahlung des vollen Lohns, damit den Älteren kein Nachteil dadurch entsteht: im Gegenteil, dann geht's den Jungen und Älteren beträchtlich besser!

Jungsozialisten dürfen aber nicht den Eindruck erwecken, daß wir nur solche Forderungen zu stellen brauchen, damit sie in die Tat umgesetzt werden - das sieht man schon am Ausbildungsplatzförderungsgesetz! Wir müssen erklären, daß (solange das Privateigentum unserer Wirtschaftsordnung zugrunde liegt), solche Maßnahmen, die die Profite der Unternehmer wegessen würden, nicht auf Dauer zu gewährleisten sind. Für uns kann nur folgendes die Antwort sein:

+ Enteignung der Großunternehmen und Banken und deren Übernahme in staatliche Hände, sowie

+ Verwaltung der Industrie, der Produktion und des täglichen Lebens durch die organisierten Arbeiter selber, damit wir die Produktion unseren Interessen und Bedürfnissen entsprechend planen können.

Aber auch dies zu erklären reicht nicht aus: wir müssen in Gewerkschaften und SPD um Unterstützung für ein solches Programm kämpfen, damit die ganze Arbeiterbewegung ihr Gewicht dahinter stellt.



DAS HÄTTE ICH MIR NIE VORGESTELLT:

VOLL MITARBEITEN - FÜR 418 DM NETTO EIN AUSZUBILDENDER BERICHTET

Vor ungefähr einem Jahr trat ich in einer Fertighausfirma meine Lehre als Bauzeichner an. Am ersten Tag jedoch schon verlief alles anders, als ich mir es vorgestellt hatte. Statt mir wichtige Grundkenntnisse zu vermitteln, wie es im Ausbildungsplan steht, mußte ich gleich an diesem Tag Arbeitspläne (Ausführungspläne) vorbereiten. Nach wenigen Wochen mußte ich schon Arbeitspläne fertigstellen. Anhand dieser Pläne, die ich lediglich stark umändern mußte, weil sie vorher für ein anderes Bauvorhaben verwendet wurden, wurde produziert. Ungefähr nach einem halben Jahr kündigte mein Ausbilder, der für mich fast keine Zeit aufbringen konnte, weil er meist überfordert war. Da man keinen Nachfolger für ihn fand, mußte ich die Konstruktionsabteilung verlassen.

Unerträgliches Streß

In der Baugesuchsabteilung arbeite ich nun mit einer Auszubildenden zusammen, die sich im gleichen Lehrjahr wie ich befindet. Vorher arbeiteten dort außer der erwähnten Auszubildenden noch eine Gesellin und eine Auszubildende im 3. Lehrjahr. Die Gesellin kündigte und die andere Auszubildende brach unglücklicherweise kurz darauf ihr Bein, was sie monatelang arbeitsunfähig machte. Dadurch besteht die Baugesuchsabteilung schon seit Monaten aus zwei Lehrlingen mit kaum einem Jahr "Lehrzeiterfahrung". Der Architekt, der uns die Aufträge gibt, kann sich für unsere Ausbildung überhaupt keine Zeit nehmen, weil er selbst völlig überlastet ist. Er hat meistens nicht einmal Zeit, um uns Auskünfte zu geben, die man zum Zeichnen braucht. Dadurch muß man sich die Informationen beispielsweise von Vertretern, Handwerkern, Ingenieuren und Konstrukteuren selber beschaffen. Man erwartet also volle produktive Mitarbeit, wie man sie sonst nur von Gesellen verlangen kann: für eine Ausbildungsvergütung von 418 DM netto! Meine Mitarbeiterin und ich sind durch die kaum zu bewältigende Arbeit fast unerträglichem Streß ausgeliefert.

Alle diese Mißstände sind nur auf die autoritäre Geschäftsleitung zurückzuführen. Sie gönnt den Auszubildenden nicht einmal die benötigten Baustellenbesuche. Statt dessen benutzt sie Auszubildende für alle möglichen Aufträge, die gewinnbringend sind. Ich z.B. mußte 14 Tage lang Bauinteressenten besuchen, die sich schon vor Jahren für Fertighäuser der Firma interessierten, dann aber nichts mehr von sich hö-

ren ließen und telefonisch nicht erreichbar waren. Einen Vertreter zu ihnen hinschicken war der Geschäftsleitung zu teuer, weil sie vermutete, daß die meisten Interessenten inzwischen schon gebaut hatten. Also suchte man einen Lehrling mit Führerschein, der sie ausspionierte und von denen, die noch nicht gebaut hatten, eine Telefonnummer besorgte.

Kenntnisse nur für die Firma

Daß man unter solchen Umständen nur sehr wenig für die allgemeine Ausbildung lernt, dürfte einleuchten. Denn meine Kenntnisse, die ich mir bisher aneignen mußte, sind eben nur auf die Firma ausgelegt. Sie reichen also nur aus, um in "meiner" Firma produktiv mitarbeiten zu können. Allgemeine Kenntnisse, die von der Abschlußprüfung verlangt werden, sind viel umfangreicher. Von meiner praktischen Ausbildung kann ich bei der Prüfung wenig profitieren.

Hätte man mir nicht noch ein halbes Jahr Lehrzeitverkürzung versprochen, hätte ich schon längst versucht, etwas gegen diese Mißstände zu unternehmen. Mich ein halbes Jahr weniger diesem Betrieb ausliefern zu müssen, bedeutet mir verständlicherweise sehr viel.

Schlechtes Betriebsklima

Daß das Betriebsklima in diesem Betrieb besonders schlecht ist, beweisen die zahlreichen Kündigungen von anderen Angestellten innerhalb kürzester Zeit: Ein neu eingestellter Verkaufsleiter gab seine Stellung schon nach einem knappen halben Jahr auf. Ein neu eingestellter Betriebswirt kündigte schon nach wenigen Wochen. Die Chefsekretärin kündigte auch vor kurzem. An ihrem Fall möchte ich noch einen weiteren Mißstand aufzeigen. Als sie wegen einer Verletzung krankgeschrieben war, wurde sie während ihrer Arbeitsunfähigkeit vom Chef persönlich zum Arbeiten zurückgeholt! Solche Unverschämtheiten erlaubt sich die Geschäftsleitung auch bei anderen Angestellten - nur etwas indirekter.

Unter solchen Arbeitsbedingungen, die nur auf die rücksichtslose Ausbeutung im Kapitalismus zurückzuführen sind, stimme ich einer sozialistischen Arbeiterdemokratie solidarisch zu.

MARTIN STEGMEIER
AUS EINER SÜDDEUTSCHEN
KLEINSTADT

EIN BETROFFENER BERICHTET:

HERANZÜCHTUNG VON FACHIDIOTEN

PROBLEME BEI BERUFLICHER BILDUNG UND ZWEITEM BILDUNGSWEG

Unser Kind soll später einmal das Gymnasium besuchen! Diesen Anspruch vieler Eltern kann man auch heute noch oft hören, obwohl in vielen Bundesländern die Gesamtschule angeboten wird. Diese Gesamtschule wurde eingerichtet, um Kindern aus einfachen Elternhäusern einen höheren Bildungsabschluss zu ermöglichen, wobei die Gesamtschule auf die Neigungen der Kinder eingeht. Nach der vierten Grundschulklasse entscheiden diese Eltern für ihre Kinder, wie deren weitere Schullaufbahn aussehen soll.

Von den Kindern, die das Gymnasium besuchen, erreichen nur 33% den erwünschten Schulabschluß. Was machen die anderen 67%? Am Ende der Beobachtungsstufe Gymnasium müssen ca. 12% diese Schule wieder verlassen und auf die Haupt- oder Realschule zurückkehren. Am Ende der Klassen 7,8 und 9 verlassen jeweils ca. 7% das Gymnasium und werden auch wieder auf die Haupt- oder Realschule zurückgewiesen. Diese Degradierung ist für die Kinder meist noch mit Vorwürfen der Eltern, Hänseleien anderer Kinder usw. verbunden, sodaß die Kinder einer starken seelischen Belastung ausgesetzt sind.

In den letzten Schuljahren machen die Schüler der Haupt- und Realschule ein Berufspraktikum von ca. 3 Wochen. Wenn die Schüler bei der Wahl der Praktikumsstelle richtig beraten wurden, machen sie ein Praktikum in dem Beruf, den sie später auch erlernen möchten. Viele Schüler, die noch keine feste Vorstellung von dem Beruf haben, den sie später einmal ausüben möchten, lassen sich von der Berufsberatung der Arbeitsämter beraten. Das Arbeitsamt schlägt meist Berufe vor, in denen Auszubildende benötigt werden.

Die Berufsausbildung in der BRD ist ein "Duales System": d.h., die praktische Ausbildung im Betrieb läuft parallel zur theoretischen Berufsausbildung in dieser Berufsschule. Der Besuch der Berufsschule ist für jeden Auszubildenden Pflicht. Die Berufsschule soll dem Jugendlichen allgemeine und fachliche Lerninhalte unter Berücksichtigung der Anforderungen der Berufsausbildung vermitteln.

Stellt der junge Mensch während oder auch nach seiner Berufsausbildung fest, daß er sein theoretisches Wissen vergrößern möchte, so besteht die Möglichkeit, über den 2. Bildungsweg wieder die Schulbank zu drücken.

Doppelbelastung

Der zweite Bildungsweg hat zwei Hauptrichtungen:

1. Über Abend- und Ganztagschulen die berufliche Aus- und Weiterbildung voranzutreiben.
2. Über Abendschulen einen höheren allgemeinbildenden Schulabschluß zu erhalten.

Zu 1.: Leute, die diesen Weg beschreiten, werden nur für ihre berufliche Fachrichtung ausgebildet. Die Kultusminister und Schulbehörden streichen die allgemeinbildenden Fächer immer mehr aus den Lehrplänen heraus. Die Heranbildung zu Fachidioten nimmt ständig zu!

Hat man vor dem Schulbesuch in einem Unternehmen gearbeitet, das Interesse an einer speziellen Mitarbeiterweiterbildung hat, kann man das Glück haben, daß man vom Unternehmen unterstützt wird. Die meisten Firmen sind aber nicht daran interessiert, daß sich z.B. ein Facharbeiter weiterbildet, weil der Arbeitsmarkt genügend Meister,

Techniker und Ingenieure bereitstellt. Außerdem sind Facharbeiter zur Zeit Mangelware.

Zu 2.: Dieser Weg bringt eine Vielzahl von Problemen mit sich. Die drei Belastungsgruppen eines Abendschülers:

1. An mehreren Abenden der Woche wird in allgemeinbildenden Fächern in der Zeit von 18-21 Uhr Unterricht gegeben.
2. Die meisten Schüler sind tagsüber berufstätig oder versorgen den Haushalt.
3. Die Familie, Freunde und Verwandten benötigen auch Aufmerksamkeit, was in den meisten Familien sehr eingeschränkt wird.

Das Lehrmaterial der Schüler des zweiten Bildungsweges ist das gleiche, wie es den Kindern in den entsprechenden Ausbildungsabschnitt angeboten wird. Es wird auch keine Differenzierung zwischen den sprachlich schlechter gestellten Arbeiterkindern und Kindern aus höheren Schichten gemacht. Vor einigen Jahren bekamen die Abendgymnasiasten zur Verbesserung des Notendurchschnitts einen Bonus von 0,5 Punkten, aber auch das ließ man wegfällen.

Wer erst einmal einige Jahre gearbeitet hat, kann seine Ansprüche nur sehr schwer wieder zurückschrauben. Das Leben in der Konsumgesellschaft läßt die BaFög- oder Unterhaltsgeldempfänger immer wieder daran denken, in den Beruf zurück zu gehen, zumal das Geld vorne und hinten nicht reicht.

RAINER DROSSE
MITGLIED DER SPD
UND IG METALL

FELICITY BULL
SPD-MITGLIED IM
ORTSVEREIN KÖLN

VORAN

Enttäuschung vieler Jugendlicher ist berechtigt:

NUR ZÄHNEKNIRSCHEND DIE SPD GEWÄHLT . . .

STUTTGARTER WAHLKAMPFVERANSTALTUNG MIT WOLF BIERMANN UND WILLI HOSS

Vor zwei Jahren kam Wolf Biermann nach Stuttgart. Mit einem Solidaritätskonzert unterstützte er die aus der IG Metall ausgeschlossene Daimler-Benz Betriebsratsgruppe um Willi Hoss.

Am 27. September 1980 kam Biermann nach Stuttgart, um Wahlkampf zu machen. Diesmal nicht für Willi Hoss und seine Partei, die Grünen, sondern gegen ihn. Biermann trat für die Wahl der SPD ein.

Die Diskussion wurde von den Grünen veranstaltet unter dem Thema "SPD, grün oder gar nicht wählen". Das war genau die Frage, auf die die politisierten Jugendlichen während des Wahlkampfes eine Antwort finden mußten. Mindestens die Hälfte der ca. 1.000, meist jüngeren Anwesenden waren wahrscheinlich SPD-Wähler. Aber es waren kritische Wähler, die empfindlich sind gegen unangebrachtes Polemisieren und Wischi-Waschi-Wahlkampfgerede. In der ganzen Diskussion wurden sowohl Grüne, als auch SPD nur von links kritisiert, wobei K-Gruppen fehlten.

Die Sympathien der Besucher lagen eindeutig auf Hoss' Seite, dem man seine Aufrichtigkeit und sein Engagement, besonders in der Betriebsarbeit, zugutehielt. Auch wenn sein Schritt, politisch bei den Grünen zu arbeiten, nicht für alle nachvollziehbar war. Ein SPD-Wähler brachte dieses Dilemma so zum Ausdruck: "Wenn Hoss für die SPD kandidieren würde, könnte ich sie mit ruhigem Gewissen wählen."

Anlehnung an Bildungsbürgertum

Willi Hoss begründet seine Mitgliedschaft bei den Grünen damit, daß die Unterschiede zwischen Schmidt und Strauß in den Fragen, die die Menschheit heute bedrohen, zu vernachlässigen sind. Und als erste Bedrohung für die Menschheit sieht Hoss einen Atomkrieg. Um diesen zu verhindern, geht Hoss bewußt aus der Arbeiterbewegung heraus, um sich mit anderen Schichten zu verbünden, insbesondere den "Bildungsbürgern". Hoss rechtfertigt diesen Schritt damit, daß die Arbeiterbewegung in der BRD im sozialdemokrati-

schen Schlepptau verfangen sei und das heißt für ihn, daß die Arbeiterklasse in absehbarer Zeit nicht fähig sein wird, an den Fundamenten dieses Gesellschaftssystems zu rütteln. Dagegen ist er der Meinung, daß von einer progressiven Intelligenz entscheidende Anstöße ausgehen könnten.

Hoss macht aus einigen Gesichtspunkten seiner langjährigen Erfahrung in der Arbeiterbewegung eine unzulässige Verallgemeinerung. Er schreibt die Arbeiterklasse als führende gesellschaftsverändernde Kraft ab, nur weil sie über Jahre hinweg passiver den Ereignissen gegenüberstand, als er sich das als Sozialist gewünscht hat. Er sieht das sogenannte sozialdemokratische Bewußtsein als starr fixierten Bremsklotz in den Köpfen der Arbeiter.

Nur die Arbeiterklasse...

Aber weil der Klassenkampf von oben stärker wird und Reformen auf kapitalistischer Grundlage nicht mehr machbar sind, wird sich das Bewußtsein der Arbeiter verändern, und es hat sich bereits geändert. Die letzten Gewerkschaftstage brachten diesen Prozeß bereits zum Ausdruck. Und die 40% Stimmen, die die Liste Hoss/Mühleisen bei den letzten Betriebsratswahlen erhalten hat, sind genauso ein Zeichen dafür, daß sich die Kollegen immer weniger mit rechter sozialdemokratischer Betriebsratspolitik zufrieden geben. Zum Sozialismus führt freilich noch ein längerer Weg. Dennoch ist und bleibt die Arbeiterklasse die einzige potentiell revolutionäre Kraft. Die progressive Rolle, die Hoss dem gebildeten (Klein-)Bürgertum zumißt, ist nicht real. Selbst bei den Ereignissen in Polen waren die Arbeiter die konsequentesten Kämpfer. Hoss nimmt die polnischen Intellektuellen zu Unrecht als ein positives Beispiel. Schließlich wurde er auch daran erinnert, daß die Grünen aus einem Spektrum von links bis reaktionär bestünden und daß er auch nur für sich sprechen könne und nicht für eine einheitliche Partei.

SPD wählen - "trotz alledem"

Wolf Biermann hatte außer seinem Entschluß, "trotz alledem" SPD zu wählen, um Strauß zu verhindern, keine Perspektiven anzubieten. Er warf seinem Freund Hoss vor, einen großen politischen Fehler zu machen, konnte ihm aber nicht sagen, wie er politisch richtig arbeiten sollte. Seine Auseinandersetzung mit der SPD war keine gründliche Analyse, sondern nur eine gefühlsmäßige Ablehnung, eine ungeheure Wut auf die SPD-Politik. Er brachte damit aber die Stimmung vieler Anwesenden zum Ausdruck.

Conradi und die SPD-Linke in Bonn

Der ebenfalls anwesende Stuttgarter SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Conradi beteuerte, daß er auch seine Kritik an der Regierungspolitik habe, verteidigte sie insgesamt dennoch. Für seine Halbherzigkeit bekam er heftig Zunder. Biermann warf Conradi vor, daß die 20 bis 30 linken SPD-Abgeordneten keine Fraktion bilden würden. Durch ein geschlossenes Auftreten könnten die Linken einer rechten Politik die Unterstützung entziehen und so die rechten SPD-Führer schwächen. Conradi erwiderte darauf, daß er nur dann einem Gesetz die Zustimmung verweigere, wenn die Regierungskoalition trotzdem eine Mehrheit hinter sich bekommt, wie z.B. bei dem Kontaktperrergesetz. Hier erhielt die Regierungskoalition mit CDU-Stimmen die notwendige Mehrheit. Sobald die Regierung aber keine Mehrheit mehr hinter sich habe, bedeute das Sturz der Regierung und die Bildung einer FDP/CDU/CSU-Koalition, und das müsse verhindert werden, meinte Conradi.

Der Druck der FDP muß gerade von der SPD-Linken ausgenutzt werden gegen die kleine Partei des Kapitals, und gegen diesen Druck muß die SPD ihre Mitglieder und Anhänger mobilisieren. Nur so wird die SPD wieder glaubwürdiger bei der Jugend.



Noch mehr Enttäuschung?

Wenn sich schon bei dieser Wahl aus Protest gegen die SPD-Politik viele Jugendliche der Wahl enthielten, manche auch grün oder eine Splitterpartei gewählt haben, wie wird das dann erst bei den nächsten Wahlen sein, wenn die SPD weiterhin dem Druck von rechts nachgibt? Dann wird die Zahl derjenigen, die die Schnauze voll haben von dieser Politik, noch größer sein, und dann haben wir spätestens in vier Jahren eine CDU/CSU-geführte Regierung.

Ohne Perspektiven

Bei dieser Veranstaltung kam zum Ausdruck, daß viele Jugendliche zähneknirschend die SPD wählten, von der rechten SPD-Führung aber nichts erwarten und auch keine Hoffnung haben, daß sich innerhalb der SPD eine ernstzunehmende Alternative entwickelt. Man wählt noch einmal SPD, um Strauß zu verhindern. Alles andere steht in den Sternen.

Aber auch die Jungsozialisten sind - hier jedenfalls - im Wahljahr '80 keine Organisation, mit der sich die politisierte, kritische Jugend identifiziert. Sie haben keine klaren Positionen zu den wichtigsten Fragen und kein Programm für die Durchsetzung sozialistischer Politik.

Die Enttäuschung der Jugendlichen über die SPD-Politik ist berechtigt. Was mir aber nicht gefällt, und was ich auch bei der Veranstaltung klarzumachen versuchte, ist die Oberflächlichkeit, mit der viele Altersgenossen die politische Entwicklung in der BRD betrachten. Nicht nur, daß der Vergleich der Parteien SPD und CDU/CSU

beschränkt wird auf eine personalisierte Gegenüberstellung Schmidt-Strauß, sondern daß einfach gesagt wird, die SPD sei nach rechts gegangen in den letzten Jahren. Die Ablösung von Willy Brandt durch Helmut Schmidt bedeutete zwar einen Rechtsruck in der Regierungspolitik. Aber wir müssen sehen, daß oftmals auf die Delegierten bzw. die Basis ein enormer Druck ausgeübt werden mußte, um rechte Parteitagebeschlüsse durchzuboxen. So hat Helmut Schmidt den Nachrüstungsbeschuß nur deshalb durchgekriegt, weil er die Parteitage-delegierten mit seiner Rücktrittsdrohung erpreßte.

Arbeiterbewegung und SPD

In Zukunft werden die einfachen Mitglieder und Anhänger noch mehr gezwungen sein, ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen und die Rechten werden es immer schwieriger haben, der Partei ihren Stempel aufzudrücken. Das heißt nicht, daß von heute auf morgen plötzlich ein Linksruck zustande kommt. Es gibt hier keinen Automatismus. Die ganze Entwicklung ist ein langer und durchaus nicht geradliniger Prozeß. Aber am Ende werden wir erleben, daß nicht die grüne Bewegung die gesamte Menschheit vor einer Atomkatastrophe bewahrt, wie mit Willi Hoss viele denken, sondern die Arbeiterbewegung, und sie wird sich dazu die SPD zunutze machen. Wenn in Großbritannien heute gegen den Widerstand der rechten Führung die Labour-Party die atomare Abrüstung und eine weitere Demokratisierung der Partei beschließt, kann das, wenn nicht morgen, so übermorgen, auch in der SPD beschlossen werden.

URSULA BECK
Stuttgart

SO KANN ES GEMACHT WERDEN

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Außerdem standen immer Kontaktadressen von Juso-Vorstandsmitgliedern drunter, und es wurde zum Wahlkampf-Stammtisch der Jusos eingeladen.

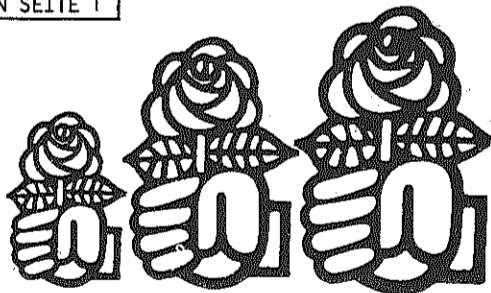
Die beste Veranstaltung unseres Wahlkampfes war die Auftaktveranstaltung mit Günter Wallraff. Das Thema war natürlich "Bild", aber auch darüber hinaus "Pressefreiheit". Ein Thema, daß angesichts eines Konflikts zwischen Redaktion und Verleger der örtlichen Zeitung einen aktuellen lokalen Bezug hatte. 650 Besucher der Veranstaltung bewiesen, daß unsere zuerst vorhandene Skepsis - wir hatten mit höchstens 200 gerechnet - unbegründet war. Die Mobilisierung durch Plakatierung, Verteilung von Flugblättern und Wallraffs GegenBILD-Zeitung "Kilt", durch Anzeigen und Pressemitteilungen hatte sich ausgezahlt.

Die zweite größere Veranstaltung konnte leider nicht mehr an diesen Besuchererfolg anknüpfen. In Zusammenarbeit mit der Initiative "Freiheit statt Strauß" haben wir eine Podiumsdiskussion mit kulturellem Rahmenprogramm durchgeführt, zu der etwa 120 bis 130 Besucher kamen. In der Diskussion zeigte sich wieder, daß die meisten Jugendlichen wissen wollten, warum sie eigentlich SPD wählen sollten und der Partei äußerst skeptisch gegenüberstehen. Das Kulturprogramm bestritten eine örtliche Rockgruppe und Ingo Insterburg, letzterer allerdings mir sehr mäßigen Scherzen, dafür aber einer Gage auf hohem Niveau. . .

Weiterhin haben wir noch durchgeführt:

- eine Podiumsdiskussion, mit je zwei Vertretern der Jusos und der Jungen Union, die etwa 70 Leute besuchten.
- eine Filmveranstaltung mit AntiStrauß-Filmen, in Zusammenarbeit mit einem selbstverwalteten Jugendzentrum, zu der rund 50 Leute kamen;
- Ausarbeitung und Versand eines Jungwählerbriefs in Form einer vierseitigen Zeitung.

Bei allen Veranstaltungen haben wir Listen für Interessenten an der Juso-Arbeit ausgelegt und rund 50 Adressen gesammelt. Diese Interessenten müssen wir jetzt alle persönlich besuchen, und hoffentlich einige aktive Neumitglieder gewinnen.



Obwohl wir Jusos den weitaus größten Teil des Wahlkampfes allein getragen und organisiert haben, waren wir trotzdem noch aktiv am SPD-Wahlkampf beteiligt (Infostände in der Fußgängerzone, ZaS-Verteilung).

Der Wahlkampf der Partei am Ort war lahm und schlecht koordiniert. Die Besucherzahl bei SPD-Veranstaltungen schwankten zwischen 20 und 50, einmal waren es 70. Aber davon waren mindestens 80% eigene Mitglieder.

Während des Wahlkampfes haben uns die älteren Genossen und die SPD-Wahlkampfleitung immer auf die Schulter geklopft und uns gelobt, weil wir so aktiv waren. Aber als am Wahlsonntag dann die Remscheider Ergebnisse durchkamen und die SPD hier 49% der Erststimmen geholt hat (CDU nur 39%), da haben sich die Spitzengenossen alle gegenseitig zu diesem guten Ergebnis beglückwünscht! Gerade so, als ob sie was Wesentliches dazu beigetragen hätten.

Wir werden jedenfalls nach unserem erfolgreichen Remscheider Wahlkampf nicht nachlassen. Als erstes machen wir eine Dokumentation über unsere Wahlkampfaktivitäten; dann führen wir drei Wochenendseminare für neue Mitglieder durch; und für unsere politischen Positionen finden wir jetzt sicher auch mehr Gehör in der Partei, weil viele SPD-Mitglieder uns nun durch unsere praktische Arbeit im Wahlkampf mehr respektieren."

ANGELA BANKERT

Arbeiter nach der Wahl:

ERLEICHTERT, NICHT BEGEISTERT

Am Tag nach der Wahl habe ich viele Kollegen gefragt, was sie vom Wahlausgang halten. Die meisten haben natürlich SPD gewählt, und waren so erst mal ganz froh, daß eine Strauß-Regierung vorerst verhindert worden ist. Das meinten vor allem die ausländischen Kollegen. Aber von großer Begeisterung kann keine Rede sein. Ein Unsicherheitsgefühl ist noch da. Man weiß nicht, ob Strauß und sein Programm für immer vom Tisch sind.

"Es ist wie wenn man in der Ebene steht, aber am Horizont ein schroffes Gebirge sieht und weiß - es kommt auf dich zu, da mußst du durch", sagte ein Kollege.

In den nächsten vier Jahren werden die politischen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen häufiger und schwerer. Industrieroboter, Mikroprozessoren und ähnliches bedrohen die Arbeitsplätze. In der Tarifrunde wird es mehr Druck geben, damit wieder anständige Ergebnisse herauskommen. Und viele Kollegen sehen auch, daß jetzt eine gestärkte FDP mehr Druck und Einfluß aus-

üben wird. Sie fragen sich - wer wird sich dann in der SPD durchsetzen?

Die Minderheit der Kollegen, die noch für Strauß waren, haben es schwerer. Die anderen gehen jetzt eher zu ihnen hin und fangen eine Diskussion an.

Manche bezweifeln auch, ob diese Koalition volle vier Jahre durchhält. Und daß die SPD so voll auf die Person Schmidt abgefahren ist, hat ihr auch nichts gebracht. Entscheidend sind doch die Sachaussagen der Partei. So waren die Kollegen auch von der letzten großen Fernsehdiskussion enttäuscht. Wir hätten von Schmidt gerne gehört, was für uns Arbeiter in den nächsten vier Jahren drin ist. Er sagte garnichts darüber, wo die Unterschiede zwischen SPD und FDP liegen. Da wundert es einen dann nicht mehr, daß auch der eine oder andere Arbeiter FDP gewählt hat.

von einem Betriebsratsvorsitzenden
aus Remscheid

ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto
Hans-Gerd Öfinger, Pscha Essen 170 20-433
überweisen. (Abopreis für sechs Ausgaben)
Lieferung ab Nr. _____ erfolgt nach
Zahlungseingang.

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75